Sonnabend, 9. Juni 1923. **Einzelnummer 400 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 127.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 250.— M. Reklameteil. 750.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M. „ Reklameteil 750.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Vor fünfzig Jahren und jetzt.

In der Sitzung der französischen Kammer vom 24. Mai sagte Abgeordneter **Auriol**: „Eine Besetzung macht Zwischenfälle unvermeidlich.“ — **Poincaré** erwiderte ihm sofort: „Warum unvermeidlich? Hat es in Frankreich von 1871 bis 1873 welche gegeben?“

Herr Poincaré kennt die Geschichte seines Landes nicht. Man muß seinem Wissen nachhelfen, natürlich nicht aus deutschen „verdächtigen“, sondern aus „reinen“ französischen Quellen. Aus einer Zusammenstellung von Berichten des Grafen St. Vallier, Bevollmächtigten beim Kommando der Besatzungsarmee („Occupation et libération du territoire“) an den Präsidenten Thiers und aus den Antworten dieses, sowie aus dem Briefwechsel zwischen Manteuffel mit Thiers und St. Vallier geht hervor, was Herr Poincaré nicht zu wissen scheint, daß es zahlreiche Zwischenfälle gegeben hat. Daß diese andere Folgen hatten, als ähnliche Zwischenfälle an Ruhr und Rhein, oder ganz ohne Folgen geblieben sind, war nur der wahrhaft wohlwollenden und menschlichen Haltung des Generals Manteuffel zu verdanken, was an zahlreichen Stellen des Briefwechsels von Thiers und St. Vallier anerkannt wird. Mantenffels Bestreben ging darauf hinaus — manchmal selbst bis zur Selbstaufopferung —, der französischen Bevölkerung die Lasten der Besetzung so wenig wie irgend möglich fühlbar zu machen. Daß schon der Friedensvertrag den Höchstbetrag der Kosten der Besatzung von vornherein bestimmt hatte, nur nebenbei. Ebenso, daß die französische Zivilverwaltung neben der deutschen Okkupationsarmee ungestört arbeitete und daß Absetzungen von französischen Beamten durch die Besatzungstruppen, Requisitionen, Verhaftungen nicht stattfinden durften.

Wie sich manche französische Beamten verhielten, geht aus einem Berichte St. Valliers vom 22. Juli 1871 hervor, in dem sich letzterer bei Thiers beklagt, daß französische Präfekten im Okkupationsgebiet in ihren amtlichen Schreiben an die Besatzungsbehörden diese als „Barbaren“, „Wilde“, „Trunkenbolde“ (!) bezeichnen, und daß die Deutschen darüber sehr entrüstet seien.

Im Brief Nr. 42 beklagt sich wieder St. Vallier, daß in Reims der General Schwerin zwar steif, aber höflich sei; der junge Unterpräfekt aber sei hochfahrend und frech; seine Untergebenen streben ihm nach. Der Staatsanwalt in Reims habe einen sehr höflichen Brief des Generals überhaupt nicht beantwortet. Demgegenüber wird erwähnt, daß Manteuffel eine Einladung zur Eröffnung der Universität Straßburg abgelehnt habe, weil ihm seine gegenwärtige Stellung nicht erlaube, an einem Feste teilzunehmen, das für Frankreich so schmerzlich sei!

Brief 228: Eine bewaffnete Truppe französischer Sanitätssoldaten passiert den Bahnhof Chalons. Trotz des Verbotes gehen sie in die Stadt, werden von den deutschen Gendarmen entwaffnet; die Waffen werden dem Detachementsführer wieder zugestellt. Sie werden zum Bahnhof geschafft, nur ein Soldat, der einen deutschen Posten anspuckte, wurde dem Kriegsgericht überwiesen.

Brief 243: In Epernay wurden drei Franzosen bei einer Schlägerei verwundet, der Regimentskommandeur kann die Schuldigen angeblich nicht finden, Manteuffel gibt daraufhin dem ganzen Regiment einschl. dem Offizierkorps Kasernenarrest, bis man die Täter entdeckt hat. Den Verwundeten wurde ein beträchtliches Schmerzensgeld aus der Regimentskasse gezahlt. Am Geburtstage des Kaisers wird von Manteuffel jede äußere Feier, wie Illumination, Feuerwerk verboten, die Feier fand ausschließlich in den Quartieren statt, die Mannschaft durfte nicht des Abends ausgehen, um sich nicht zu betrinken. Die französischen Beamten werden von Thiers angewiesen, den Ortskommandanten an diesem Tage Besuche zu machen, einige Unterpräfekten, die sich davon gedrückt hatten, wurden von Thiers energisch vermahnt. Dafür wurde von Manteuffel wiederum am Geburtstage von Thiers ein offizielles Diner gegeben, an welchem die französischen Behörden teilnahmen; Manteuffel brachte den Toast auf Thiers aus, St. Vallier auf Manteuffel. Übrigens ließ auch Bismarck telegraphisch dem Präsidenten Thiers durch St. Vallier gratulieren.

Prinz Friedrich Karl reist inkognito in das Okkupationsgebiet, um seine alten Regimenter zu besuchen; so wird von ihm keine offizielle Notiz genommen. In Commercy, wo er einen Besuch machte, ließ der deutsche Ortskommandant eine Wetterfahne, die in den französischen Farben gemalt war, vom Turm des Schlosses abnehmen und durch eine preußische Fahne ersetzen. Auf Beschwerde wurde der Ortskommandant bestraft und die französische Wetterfahne sofort wieder angebracht „aux acclamations de tous les habitants“.

In St.-Dié wurde ein deutscher Soldat angefallen und schwer verwundet; die Ortsbehörden haben auf die Beschwerde des Kommandanten nicht geantwortet und den Täter entwischen lassen, haben auch dem französischen Präfekten keine Mitteilung gemacht. Der Divisionskommandeur erklärte den Belagerungszustand, entwaffnete die Bevölkerung — am 3. April 1873, zwei Jahre nach Beginn der Besetzung —, aber auf die Bitte St. Valliers wurden diese Maßregeln nach drei Tagen rückgängig gemacht, auf das Versprechen des Präfekten und des Staatsanwaltes, den Mörder zu finden. Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Belfort. Von Kriegsgerichten ist anfangs keine Rede, erst als die französischen Geschworenen grundsätzlich alle Angreifer deutscher Soldaten freisprachen, wurden für diese Kriegsgerichte eingeführt, aber nur für diese, nicht wegen anderer Vergehen.

So sah der deutsche Militarismus aus. Und damit vergleiche man das Auftreten der Franzosen am Rhein und an der Ruhr!

Pilsudskis Rücktritt und die polnische Armee

Der Widerhall in der Presse.

Der Hauptschriftleiter des „Kurjer Polski“, Rosner, verurteilt den Aufsatz „Das Heer ohne Führer“ und schreibt: „Wenn wir erwägen, daß einer der höheren Stabsoffiziere seiner Beunruhigung aus Anlaß des Rücktritts des Generalstabschefs dadurch zum Ausdruck bringt, daß er ebenfalls sein Rücktrittsgesuch einreicht und diesen Schritt mit dem Charakter der neuen Regierung begründet, so müssen wir dagegen aufs schärfste Stellung nehmen. Die Beurteilung der politischen Eignung einer Regierung steht dem Heere nicht zu. Wenn die Armee ein solches Recht für sich in Anspruch nimmt, betritt sie den Weg der römischen Prätorianer und der türkischen Janitscharen.“

Die „Prawda“, das Posener Organ der Nationalen Arbeiterpartei, beschäftigt sich im Leitaufsatz ihrer Freitagnummer mit dem Aufsatz „Das Heer ohne Führer“ und schreibt unter anderem: „Den Verfasser des Aufsatzes leitete einzig und allein die Sorge um das Wohl des Heeres, das die Hauptstütze unseres Staatswesens ist. In Polen darf nur eine Partei sich Verdienste um den Staat erwerben. Die Nationaldemokratie nimmt dies Monopol für sich in Anspruch, und sie fühlte sich durch den Aufsatz beleidigt; sie sieht in ihm einen Anschlag auf die Regierung, eine Mißachtung der Behörden und ähnliche Todsünden. Mit der Angelegenheit befaßte sich sogar der Ministerrat, und der Leiter des Kriegsministeriums, General Osiński, verhängte eine disziplinarische Strafe über den Redakteur der „Polska Zbrojna“, den Hauptmann Remigjusz Kwiatkowski. Wer tritt als Verteidiger des angeblich verletzten Ansehens der Regierung auf? O Ironie des Schicksals! Herr Stroński und seine Genossen! Dieselben Leute, die mehrere Jahre hindurch dauernd die Regierung mit Schmutzwasser übergossen, derselbe Herr Stroński, den das Gericht wegen Beleidigung des Staatspräsidenten wiederholt zu Geldstrafen und zu Gefängnis verurteilte, der sich nicht scheute, den um den Staat am meisten verdienten Leuten Hochverrat vorzuwerfen und sie gleichzeitig vor dem Auslande zu denunzieren. Das sind die „Verteidiger“ des Ansehens der Regierung und der Majestät der Republik! Unbestraft trieben sie mehrere Jahre hindurch ihr Wesen, und wenn die Hand der Gerechtigkeit sie von Zeit zu Zeit leicht berührte, dann machten sie ein großes Geschrei von dem Unrecht, das ihnen angetan würde. Ihre Agitation hatte eine politische Atmosphäre zur Folge, in der solche Verbrechen reiften wie die Ermordung des ersten Präsidenten der Republik. . . . Jetzt liegt die Sache „ganz anders“. Verurteilt wird ein Redakteur schon dafür, daß er seiner innerlichsten Sorge um das Wohl der Armee Ausdruck gab. Früher durften Broschüren geschrieben werden, in denen die Armee und ihre Führer herabgesetzt und beschimpft wurden, — jetzt darf ein Offizier nicht schreiben, was ihm die Sorge um dieses Heer, diese kostbare Perle unseres Volkes, eingibt. Jetzt ist es . . . . „anders“.

Stellungnahme des Sejm-Heeresausschusses zu der Angelegenheit.

In der Donnerstagsitzung des Sejmausschusses für Heeresfragen brachte Abg. Kosciałkowski von der Wyzwolenie-Gruppe eine Interpellation ein über die Bestrafung des Redakteurs der „Polska Zbrojna“ (Major Kwiatkowski) für die Veröffentlichung des Artikels „Das Heer ohne Führer“. Der Interpellant führte aus, daß der Artikel keinen politischen Charakter getragen habe, und daß man vom militärischen Standpunkt in ihm kein Disziplinarvergehen erblicken könne. Abgesehen davon hält der Abgeordnete die dem Major Kwiatkowski zugemessene Strafe für zu hart. Auf die Interpellation antwortete der Leiter des Kriegsministeriums, General Osiński, in dem Sinne, daß die „Polska Zbrojna“ als offizielles Organ des Kriegsministeriums unpolitisch sein müsse. Überdies habe der verantwortliche Redakteur des Blattes von dem vorigen Kriegsminister General Sosnkowski mehrmals Anweisung bekommen, in Fragen der Politik nicht das Wort zu ergreifen. Außerdem hatte der Ministerpräsident mehrmals darauf hingewiesen, daß in irgend einer Weise mit der Politik verknüpfte Artikel vorher zur Genehmigung vorgelegt werden müßten. Der Chefredakteur Major Kwiatkowski habe sich dagegen diesen Befehlen nicht gefügt. Deshalb müsse er bestraft werden, um so mehr, als der Leiter des Kriegsministeriums, General Osiński, diesen Artikel als einen solchen ansehe, der zweifellos politische Tendenzen enthalte. Was die Höhe der Strafe betreffe, so erklärte General Osiński, daß im Sinne der Disziplinarvorschriften die Bemessung der Strafe dem Gutdünken des betreffenden Vorgesetzten überlassen bleibt, und daß er in dieser Hinsicht keine Aufklärung geben könne.

Nach der Antwort des General Osiński setzte eine längere Aussprache ein, in deren Verlauf General Osiński die Sitzung verließ, um sich zur Sitzung des Ministerrates zu begeben. Den Standpunkt des Kriegsministers unterstützten die Abgeordneten Dubiel (Piast), Sacha, Nowakowski, Załuska und Zamorski (Nationaler Volksverband). Der Standpunkt des Abg. Kosciałkowski wurde von folgenden Abgeordneten unterstützt: Cwiakowski (Wyzwolenie), Liebermann (Sozialistenpartei) und Polakiewicz (Sezessionist).

Nach Schluß der Diskussion stellte Abg. Kosciałkowski den Antrag, die dem Major Kwiatkowski zugemessene Strafe als ungerechtfertigt zu erklären. Der Antrag wurde aus formellen Gründen nicht zur Abstimmung gegeben. Ein Antrag des Abg. Załuska kam aus denselben Gründen nicht zur Abstimmung. Abg. Jaroszyński stellte den Antrag, die Diskussion wieder aufzunehmen. Sein Antrag wurde mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

(Siehe auch „Aus der polnischen Presse“.)

Rumänien und seine Minderheiten.

Am 29. März 1923 wurde von König Ferdinand die neue Verfassung, auf die das junge Großrumänien drei Jahre lang gewartet hat, feierlich beschworen. Hierdurch sind rund fünf Millionen Menschen oder etwa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung entrechtet worden: die nationalen Minderheiten der Magyaren, Deutsche (800 000), Ukrainer, Russen, Bulgaren, Juden, Türken und andere. Laut Friedensvertrag sollten diese verfassungsmäßig ihre Rechte auf nationale Schulen, niedere Verwaltung, Autonomie der Kirche usw. verbrieft erhalten; statt dessen ist ihrer nun auch nicht in einem Worte gedacht. Es konnte von der „liberalen“ und „demokratischen“ Regierung nicht einmal die Änderung des unklaren politischen Begriffes „Rumäne“ durch „rumänischer Staatsbürger“ erwirkt werden. Hier näher auf dieses Machwerk von Verfassung einzugehen, erübrigt sich. Es sei nur gesagt, daß nicht nur die fünf Millionen Nichtrumänen, sondern auch Millionen Rumänen diese Verfassung und ihren Vater, den allgewaltigen Finanzmagnaten und Ministerpräsidenten Jonel Bratianu mit den schärfsten Worten verurteilen und daß der ganze Volkskörper von starken Fieberschauern erschüttert wird. Allerdings stimmt die in Ententeblättern veröffentlichte Nachricht vom Ausbruch einer Revolution nicht. Noch herrscht äußerlich Ruhe im Lande. Aber Rußland wartet bereits auf den Augenblick innerer Wirren in Rumänien, um sich Beßarabien zurückzuholen. Eine Verfassung, die einen solchen Erfolg hat, muß den moralischen und wirtschaftlichen Kredit des Staates beim Ausland schädigen, denn das Ausland wird sich hüten, mit einem Lande eine Annäherung zu suchen, in dem vom König und dem Ministerium die Nichteinhaltung freiwillig eingegangener Verträge, wie z. B. des Friedensvertrages vom 9. Dezember 1919 zu Paris, feierlich propagiert und als „nationale Tat“ gefeiert wird.

In der Bukarester Zeitung „Adeverul“ konnte man jüngst in einem ausführlichen Artikel lesen, daß das kleine Rumänien vor dem Kriege sich eines besseren Rufes erfreute, als das Großrumänien unserer Tage: „Die ausländischen Zeitungen,“ voran die von London, Paris, Rom und Brüssel, also durchaus Blätter von uns befreundeten und verbündeten Staaten greifen uns an oder geben Berichte wieder, die uns schaden müssen. In Paris z. B. veröffentlicht man mit der größten Leichtigkeit verschiedene Berichte, die uns gehässig sind. In London sind wir ebenso übel angekreidet. Von dort schickt man uns sogar Bevollmächtigte, die uns überwachen und Untersuchungen durchführen. Den Mitteilungen unserer Regierung schenkt man in England kaum Glauben. In Brüssel hegt man eine geradezu unheilvolle Meinung von unserer Lage. So z. B. schrieb eine belgische Zeitung, daß man einen einfachen Privaten, der sich seinen Gläubigern gegenüber so aufgeführt hätte wie wir den unsrigen gegenüber, vor den Untersuchungsrichter stellen müßte. In Italien stehen die Dinge nicht besser. Wir gelten schon im zivilisierten Ausland als ein Volk von Betrügern, von unehrlichen, von schlechten Zahlern und von Lügnern.“ Und dann stellt der „Adeverul“ fest: „Wenn auch viele Nachrichten falsch sind, etliches ist nur zu richtig.“ Die wesentliche Ursache für diesen schlechten Ruf Rumäniens sucht aber die Zeitung in dem Umstand, daß sich die verschiedenen rumänischen Parteien im Lande gegenseitig fortwährend beschimpfen, man braucht diese Zeitungen nur zu lesen, um, wenn man ihnen glauben will, aus diesen Blättern selbst den Schluß zu ziehen, daß im Lande überall die ärgste Korruption herrsche, daß kein Staatsmann etwas tauge, daß alle Persönlichkeiten des Landes Banditen, Hohlköpfe, Verräter, Tyrannen und Demagogen seien.“ „Adeverul“ ermahnt die Parteien zur Unterlassung der gegenseitigen Beschimpfungen und ruft die Regierung auf, das Ansehen Rumäniens besser zu schützen.

Das alles sind sehr wertvolle Eingeständnisse. Vor allem daß also die Völker, denen Rumänien gefolgt ist, für das Reich wenig Verständnis haben. Rumänien scheint ihnen nicht viel zu gelten. Man ist dort nicht viel um sein Wohlergehen besorgt. Ebenso wichtig ist es aber, daß man in Rumänien einsieht, daß der Ruf des Landes gelitten hat und alles Vertrauen verloren ist. Man sieht ein, daß das anders werden muß. Aber man streut sich selbst Sand in die Augen, wenn man behauptet, daß nur das Gezänke und die Beschimpfungen der Parteien Schuld daran trügen. Sind etwa die Klagen der Rumänen aus den verschiedenen seit dem Umsturz mit Rumänien neuverbundenen Ländern grundlos? Die rumänischen Vertreter Siebenbürgens, der Bukowina, des Banats und Beßarabiens erheben gleich schwere Anklagen gegen die Bukarester Gewaltherrschaft, drohen mit Abfall und wollen vor allem ihre Selbstverwaltung, um von der gewalttätigen und ungerechten Zivil- und Militärherrschaft Altrumäniens loszukommen. Wie schlecht die Verwaltung des Landes ist, das lehren schon die geradezu schrecklich zunehmenden Eisenbahnunfälle, deren Kunde in alle Welt dringt.

Vor allem interessiert aber noch ein anderes Blatt der Entwicklung des neuen Rumäniens. Wie behandilt Rumänien seine Minderheiten und ihre Konfessionen? Die Rumänen haben gleich nach dem Umsturze den Minderheiten volle Anerkennung ihrer Rechte mit den sogenannten Karlsburger Beschlüssen gegeben. Der König hat sie damals anerkannt. Auf Schritt und Tritt werden diese Rechte abgebrochen. Die deutsche Universität in Tscherno-

witz wurde romanisiert. Das deutsche Schulwesen, das beste in diesen Gebieten, wird eingeschränkt. Die deutsche Sprache im öffentlichen Leben, im Amt und Gericht wird zurückgesetzt. Der rumänische Justizminister Florescu erklärte jüngst beim Advokatenkongreß in Großwardein: „Die auf die nationalen Minderheiten Bezug nehmenden Bestimmungen der Friedensverträge können wir aus höheren Staatsinteressen nicht berücksichtigen. Wir können nur gestatten, daß die Parteien, die der rumänischen Sprache nicht mächtig sind, sich bei den Gerichten eines Dolmetsch bedienen." Und so werden die Deutschen der primitivsten ihnen zukommenden und zugestandenen Rechte beraubt; ihre Ortsnamen, Familiennamen, Straßennamen werden romanisiert; sie werden von Beamtenstellen entfernt oder minderwertigen Rumänen nachgesetzt. Durch die Agrarreform wurden vor allem die Deutschen getroffen. Die sächsische Kirche und das sächsische Schulwesen in Siebenbürgen wird durch Entziehungen von Gütern schwer geschädigt. Auch gegen die katholische Kirche geht der Sturm los. Vergewaltigungen durch Beamte und Militärs geschehen oft und beiben meist ungesühnt. War es nötig, das alte deutsche Theater in Tschernowitz, eine der bedeutendsten Kulturstätten, die auch den Nichtdeutschen seit Jahrzehnten zu gute kam, zu verfolgen? Die vor diesem Theater stehende Statue Schillers mußte entfernt werden! Durch alle Zeitungen gehen Berichte über die Mißgriffe. Immer mehr zeigt es sich, daß ein blinder Haß und Kulturrückgang in Rumänien Verbreitung findet. Da sind die Gründe zum guten Teil zu suchen, warum man immer mehr dem neuen Rumänien mißtraut. Man weiß doch in aller Welt, wie rückständig dieses Land ist. Man weiß, wie viel da noch zu tun ist, daß sein Bauernstand aus der tiefsten Kulturstufe sich emporringt, Ackerbau, Viehzucht, Gewerbe, Handel usw. sich heben. Statt dessen wird gestritten und gezankt, die arbeitswilligen Deutschen werden unterdrückt. Statt tüchtige Kräfte ins Land zu ziehen, treibt man sie heraus. Die Auswanderung ist sehr groß. Während früher viele nur für eine gewisse Zeit nach Amerika sich wandten, dann aber mit dem erworbenen Gelde sich wieder in der Heimatgemeinde niederließen, meiden sie jetzt Rumänien, weil sie nicht rumänisiert werden wollen. So ist der Ruf der Unduldsamkeit und des Rückgangs Rumäniens in alle Welt gedrungen. Da muß die Regierung und da müssen die Parteien Wandel herbeiführen, sonst werden die Schäden stets wachsen und die Not des Landes unerträglich werden.

Rumäniens Klagen und Mißerfolge sind ein warnendes Beispiel!

Republik Polen.

Das Gesetz über die Einschränkung des Alkoholverbrauchs.

Der Finanzausschuß des Sejm beabsichtigte, am Donnerstag die Novelle zum Gesetz über die Einschränkungen des Verbrauchs und Verkaufs von Alkohol zu erörtern. Da aber der Gesundheitsminister Bujalski die Erklärung abgab, daß die Regierung noch einige Verbesserungen beantragen wolle, wurde die Aussprache vertagt. Der Gesetzentwurf sieht die Aufhebung gewisser Einschränkungen im Verbrauch und Verkauf des Alkohols vor. Unter anderem erhöht er den Prozentgehalt des Alkohols im Bier von $2^1/_2$ auf 4 Prozent und im Branntwein von 40 auf 60 Prozent. Ferner wird durch die Novelle die Einschränkung bezüglich des Sonntagsverkaufs und des Verkaufs am Sonnabend aufgehoben.

Säuberung der Nationalen Arbeiterpartei von radikalen Elementen.

Der „Dziennik Poznański" will wissen, daß maßgebende Faktoren der nationalen Arbeiterpartei sich mit der Absicht tragen, demnächst eine Säuberung der Organisation von radikalen Elementen vorzunehmen, die den Sozialisten nahestehen.

Verringerung der Zahl der Arbeitsvermittlungsämter.

Der „Rzeczpospolita" meldet: Im ehemals preußischen Teilgebiet besteht noch von deutschen Zeiten her in jedem Kreise ein besonderes Arbeitsvermittlungsamt. Wenngleich die Staatskontrolle über den Arbeitsmarkt sehr erwünscht ist, so ist die Sache doch mit allzu großen Kosten verbunden. Infolgedessen wird jetzt im Sinne der Sparsamkeitstendenz die Zahl dieser Aemter reduziert. Von 35 Aemtern in der Wojewodschaft Posen wurden bereits 21, und von 19 in der Wojewodschaft Pommerellen 12 liquidiert. Eine weitere Verringerung ist im Gange und soll bis zum 1. Juli beendet sein.

Die Diäten für Abgeordnete und Senatoren.

Am Sonnabend wurden den Abgeordneten und Senatoren die Diäten ausgezahlt. Die Entschädigung für jeden Abgeordneten und Senator beträgt 3 774 000 Mark monatlich. Die Marschälle erhalten 15 096 000 Mark, die Vizemarschälle 5 661 000 Mark. Hierzu kommen noch bei sämtlichen Abgeordneten und Senatoren die Teuerungszuschläge für den Monat Mai.

Eine neue Teuerungszulage für die Staatsbeamten.

Dem „Kurjer Poranny" zufolge hat das Finanzministerium eine 14prozentige Teuerungszulage für die Staatsbeamten in Aussicht genommen.

Ein Zivilkriegsminister?

Nach dem „Przegląd Wieczorny" beschäftigten sich die Sejmkreise mit dem Projekt, das Kriegsministerium im Gegensatz zum bisherigen System mit einem Zivilisten zu besetzen. Als Kandidaten hierfür werden der Generalkommissar von Danzig Pluciński und der Unterstaatssekretär im Außenministerium Stefan Dąbrowski genannt. Die militärischen Fachangelegenheiten sollen vollständig dem Generalstabschef überwiesen werden, der gleichzeitig die Würde des Generalissimus bekleiden soll. Als aussichtsreichster Kandidat für diesen Posten wird der General Szczeptycki genannt.

Was die Besetzung des Kriegsministeriums anbelangt, so werden dem Abgeordneten Stefan Dąbrowski hervorragende militärische Eigenschaften zugetraut, da er während des Weltkrieges eine Schrift herausgegeben hat, in der er auf Grund angestellter Berechnungen die Erschöpfung des Menschenmaterials der Zentralmächte rechnerisch nachwies. Über den Generalkommissar Pluciński äußert sich das Blatt ironisch, er habe, was seine militärische Befähigung anbelangt, den Feldzug um die Rechte Polens in Danzig verloren.

Der neue Emissionspreis der Zloty-Schatzscheine.

Auf Grund des Gesetzes über die Emission der sechsprozentigen Zloty-Schatzscheine hat der Finanzminister den Emissionspreis der sechsprozentigen Zloty-Bons Serie I-A, I-B und I-C auf 9500 Mk. pro Zloty festgesetzt. Der neue Emissionspreis gilt vom 7. Juni ab.

Der bisherige Ertrag des Zlotybons.

Die Staatskasse hat nach bisherigen Angaben durch den Verkauf von Zlotybons ungefähr 230 Milliarden eingenommen.

Wojewodschaft Schlesien.

Die Polen von St. Josef.

„Głos Poranny" schreibt: „In der St. Josefs-Kirche von Königshütte fand bei günstigem Wetter die Fronleichnamsprozession statt. Augenscheinlich gibt es in dieser Parochie keine polnischen Liederbücher. Selbst Frauen in oberschlesischer Tracht, die einen polnischen Frauenverein repräsentieren, haben deutsch gesungen. So schämen sich unsere polnischen Frauen polnisch zu sprechen und zu singen. Es macht dies vollends Eindruck auf den deutschen Teil."

Dazu bemerkt der „Oberschlesische Kurier":

„Der „Głos Poranny" will anscheinend nicht einsehen, daß die Sprache des Herzens und des Gebetes für unsere Königshütter Bevölkerung eben deutsch ist und daß sie sich eben deshalb dieser Sprache bei der Prozession bedienen. Die gestifteten Trachten spielen dabei gar keine Rolle."

Verschärfung der Grenzkontrolle.

Der „Oberschlesische Kurier" teilt mit: In letzter Zeit ist die Kontrolle an der Grenze Königshütte—Beuthen viel strenger geworden. Früher wurde man noch, wenn man zollpflichtige Sachen hatte, damit zurückgeschickt. Man versuchte dann eben bei der Hauptbahn sein Glück. Jetzt wird jedoch in einem solchen Falle unweigerlich die Verkehrskarte abgenommen und erst, wenn man mit leeren Händen wieder zurückkehrt, wird diese wieder ausgeliefert.

Vorstoß des schlesischen Sejm gegen das deutsche Gymnasium in Bielitz.

Die Budgetkommission des schlesischen Sejm beriet am Dienstag über das Budgetprovisorium. Es gelangten zur Annahme die Etats der Mittelschulen mit Ausnahme einer Summe von 60 Millionen Mark für Ankauf von Grundstücken. Nach einem Referat des Abg. Rybarz (Korfanty-Block) wurde ein Antrag für den Teschener Teil des Wojewodschaftsbudgets angenommen, welcher sich mit dem deutschen Gymnasium in Bielitz beschäftigt. Es heißt darin, daß das deutsche Gymnasium sich in Liquidation befindet. Ab 1. September 1923 werden die Klassen für Anfänger nicht mehr eröffnet. Die bestehenden Klassen werden weiter erhalten unter der Bedingung, daß Klassen, die nicht von mindestens 15 polnischen Schülern besucht sind, ebenfalls geschlossen werden. Für den Antrag stimmten sämtliche polnischen Vertreter mit Einschluß der polnischen Sozialdemokraten. Dagegen stimmte der Deutsche Klub.

Ueber die Unsicherheit in Kattowitz

schreibt der „Volkswille" in seiner Dienstagnummer: „In den letzten Nächten hat sich die Zahl der Überfälle auf Deutschsprechende, auf dem Heimwege befindliche Bewohner der Stadt, außerordentlich vermehrt. Es verging seit einer Woche nicht eine einzige Nacht, in der nicht mehrere deutschsprechende Personen, wenn sie deutsch sprachen, mit der Aufforderung polnisch zu sprechen oder mit den Worten „Du Orgesch" überfallen und in der gröbsten Weise mißhandelt wurden. Es wurde dabei keinerlei Rücksicht darauf genommen, ob der Überfallene sich allein, oder in Gesellschaft von Damen befand. So wurde neuerdings ein Privatangestellter mit seiner Braut in der Direktionsstraße so schwer im Gesicht mißhandelt, daß es nur glücklichen Umständen zu verdanken ist, daß das linke Auge nicht sofort auslief. In diesem einem Falle war es möglich, den Täter festnehmen zu lassen. Bei der Feststellung der Personalien ergab sich, daß es sich um einen kongreßpolnischen Eisenbahner handelte. In den Sonntag-Morgenstunden wurde in der Sophienstraße in die Wohnung eines deutschen Angestellten hineingeschossen. Offenbar vermutete man in der Wohnung den Sohn des Hauses, einen Bergbeamten, der schon wiederholt in der letzten Zeit überfallen wurde."

Räuberische Ueberfälle.

Der „Volkswille" meldet:

Ein räuberischer Überfall wurde in Janow, Kreis Kattowitz, durchgeführt. Dort wurde ein Privatmann von zwei unbekannten Männern in seiner Wohnung überfallen und um den Betrag von 3½ Millionen Mark beraubt. Beim Abzuge der Banditen gab einer von ihnen noch einen Schuß auf den Überfallenen und Ausgeraubten ab, durch den dieser Verletzungen im Gesicht davontrug. Angeblich hat die Untersuchung der Polizei dazu geführt, daß einige verdächtige Personen verhaftet wurden. Ein zweiter Überfall ereignete sich in Michalkowitz. Dort wurde ein Geschäftsmann in der Beuthener Straße ausgeraubt. Hier fielen den Banditen 7 800 000 Mark in die Hände.

Aus der polnischen Presse.

„Das Heer ohne Führer".

Gegen den gestern wiedergegebenen Aufsatz der „Polska Zbrojna" wendet sich in der „Rzeczpospolita" Herr Marjan Grzegorczyk. Er hält solche Aufsätze in einer Zeitschrift, von der der Geist der Armee mit abhängt, für unzulässig und schreibt: „Dieser scheinbar rein militärische Aufsatz ist in Wirklichkeit eine sehr traurige Erscheinung der Politik in der Armee. Angeblich leitete den Verfasser des Aufsatzes die Sorge um das Wohl der Armee, — in Wirklichkeit ist sein Ziel die innere Desorganisation. Die Unterlagen, auf die er sich stützt, haben mit der Wahrheit nichts zu tun. Aber der Schwerpunkt des Aufsatzes liegt nicht in seinem Inhalt, sondern in seiner stilistischen Form, die voll ist von Wendungen, die Zweifel, Gereiztheit, Unruhe hervorrufen.

Der „deutschfreundliche Wind" in Bojanowo.

Der Bürgermeister von Bojanowo, dem einige polnische Zeitungen zu weit getriebene Deutschfreundlichkeit vorwerfen (vgl. „Pos. Tagebl." Nr. 113), hat jetzt den Blättern, die ihn angriffen, unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung zugehen lassen:

„1. Wahrheit ist, daß am 4. Mai d. Js. das Denkmal Schückerts, dessen Verdienst der Wiederaufbau der Stadt nach ihrer völligen Vernichtung durch die Feuersbrunst des Jahres 1857 war, von unberufener Hand zerstört wurde. Da das Marmordenkmal dem Schutze der Stadt unterstellt war, hielt ich als Leiter der städtischen Polizei es für meine Pflicht, eine gründliche Untersuchung der Angelegenheit in die Wege zu leiten und eine Belohnung von 100000 Mark für die Feststellung der Täter auszuschreiben. Diese Belohnung setzte ich in meiner amtlichen Eigenschaft aus, nicht als Privatmann und aus meiner eigenen Tasche, wie behauptet wurde. Die Behauptung, ich hätte auf den Vorschlag der Errichtung eines nationalpolnischen Denkmals gesagt: „Wir dürfen die Deutschen nicht reizen, denn man weiß ja noch nicht, wer später in Bojanowo regieren wird" ist eine Lüge. Ich habe an die Fortdauer des polnischen Staates geglaubt und glaube auch jetzt noch daran — trotz der Worte des Propstes Szwedziński, der bei der Feier des 3. Mai in seiner Rede öffentlich erklärte, Bojanowo sei verloren, und die Bevölkerung aufforderte, zu Gott zu flehen, daß dieses verlorene Bojanowo Polen wiedergegeben würde.

2. Unwahr ist, daß ich die Gründung eines deutsch-polnischen Klubs geplant hätte. Ich habe niemals Deutsche oder Polen zur Gründung eines solchen Klubs aufgefordert und habe überhaupt bis jetzt nichts von einem solchen Klub gehört.

3. Unwahr ist die Behauptung, ich hätte der Polizei befohlen, ein Protokoll aufzunehmen, weil Mitglieder des Vereins Ofiata polnische Lieder sangen. Daher ist auch die Behauptung, daß die Polizei einem solchen Befehl gegenüber den Gehorsam verweigerte, unwahr.

Dagegen gebe ich zu, daß ich im Anfang des Jahres 1922 in einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung für ein friedliches Verhalten der Polen gegenüber den Deutschen sprach. Das geschah zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit und um Ausschreitungen und persönliche Angriffe, die in unserer Stadt schon wiederholt vorkamen, zu verhindern."

Für einen Zusammenschluß zwischen den Wenden und den Polen in Deutschland

tritt der „Dziennik Berliński" ein, der in seiner Nr. 119 (28. Mai) unter der Überschrift: „Die Lausitzer Brüder" schreibt:

„Sicherlich wissen viel von uns im Deutschen Reich Lebende nicht, daß an der oberen Spree, da, wo sich die Spree in eine Reihe von Armen und Kanälen teilt (Spreewald), ein slawisches Volk wohnt, das eine den Polen verständliche und nahe Sprache spricht, die sogenannten Lausitzer Serben. Der von allen vergessene, alte slawische Volksstamm, der noch heute etwa 200 000 Menschen zählt, hat trotz der viele Jahrhunderte währenden Bedrückung durchgehalten, seine Sprache und nationale Kultur bis zum heutigen Tage bewahrend.

In hohem Grade dank der Hilfe der Polen, der Tschechen und zum Teil der Serben sind in den letzten Jahrzehnten der Patriotismus dieses überwiegend bäuerlichen Volkes, das Gefühl der nationalen Eigenart und die Anhänglichkeit an die Sprache und die Lausitzer Tradition erstarkt.

Durch welche Vielseitigkeit sich das Leben dieses Bruderstammes der Polen auszeichnet, dafür mögen die folgenden wenigen Mitteilungen dienen. Fangen wir mit der Presse an, diesem wichtigsten Mittel der nationalen Aufklärung. In der Lausitz erscheinen gegenwärtig etwa zehn auf einer hohen Stufe stehende Zeitschriften, von denen eine ein Tageblatt ist. Im Verhältnis zu der Zahl der Lausitzer ist das zweifellos eine sehr beachtliche Ziffer. Die Originalliteratur entwickelt sich immer günstiger. Viele Werke polnischer Verfasser, besonders des Sienkiewicz, sind in die Lausitzer Sprache übersetzt worden. Im vergangenen Jahre ist eine vollständige Übersetzung der Odyssee von dem Geistlichen Matej Urban erschienen, was von den kulturellen Ansprüchen der Lausitzer Leser zeugt.

In der Hauptstadt der Lausitz, in Bautzen, arbeiten heute zahlreiche Cadres der Lausitzer Intelligenz. Von dort überwiegend geht die Anregung zur organisatorischen Arbeit aus, die dauernd Fortschritte macht. Neben dem seit langem bestehenden Lausitzer Mutterverein (Macierz Luzycka — Serbska Macica) besteht eine Reihe das ganze Land umfassender wissenschaftlicher und aufklärender Ortsvereine. Der Lausitzer Sokol zählt bereits sieben Vereine; die Vereine der akademischen und der Schuljugend breiten sich aus. Immer mehr entwickelt sich auch die Lausitzer Volksbank (Serbska lubowa Banka). Die glänzend gedeihenden Gesangvereine werden von dem in Dern (?) wohnhaften hervorragenden Lausitzer Musiker Bjarnat Krawiec geleitet.

Trotz der konfessionellen (teils katholischen — teils protestantischen) und sprachlichen (zwei Mundarten) Schwierigkeiten ist eigentlich bereits eine einzige allgemein-lausitzer nationale Bewegung entstanden. Auch trotz der politischen Grenzen — die Lausitzer bewohnen teils Sachsen, teils Brandenburg und Niederschlesien — handelt heute die ganze Lausitz gemeinsam.

Wie sehr die nationale Bewegung gegenwärtig erstarkt ist, dafür genüge die Anführung der ebenfalls wenig bekannten Tatsache, daß die Lausitzer im Jahre 1919 in der Zeit der Friedenskonferenz die Unabhängigkeit der Lausitz gefordert, eine eigene vorläufige Vertretung (Serbski Narodny Wubjerk) geschaffen und eine eigene Abordnung nach Paris entsandt haben. Für diese „Dreistigkeit" wurden mehrere Leiter der nationalen Bewegung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Übrigens arbeitet ein Teil von diesen, da sie infolge der Verfolgungen in die Heimat nicht zurückkehren konnten, für das eigene Volk im Ausland — vorwiegend in Tschechien, zum Teil auch in Polen.

Das ist in kurzen Zügen eine Handvoll von Nachrichten, die wir einstweilen unseren Lesern mitteilen. Für uns Polen, Staatsbürger Deutschlands, sollen sie ein Trost sein, daß neben uns im Deutschen Reiche die mit uns verbrüderte Lausitzer Minderheit lebt, sich entwickelt und um ihre slawischen Rechte kämpft. Sie ist zahlenmäßig weit geringer als die polnische Minderheit, sie hat desto schwierigere Aufgaben, und ihre nationalen Bestrebungen müssen desto größere Bewunderung und Achtung erwecken. Aber es handelt sich nicht bloß um einen Trost in der schweren Lage für uns und um eine Äußerung von Worten der Bewunderung und Achtung.

Im beiderseitigen, wohl ganz verständlichen Interesse beider Nationalitäten liegt die Inangriffnahme eines möglichst baldigen, dauernden Zusammenarbeitens zwischen den Lausitzern und Polen. Man kann glauben, daß es hierzu binnen kurzem kommen wird."

Französische Unsicherheit über Baldwins Pläne.

Ein Sonderberichterstatter des „Echo de Paris", der sich zurzeit in London über die englische Auffassung in der Reparationsfrage zu unterrichten versucht, warnt das französische Volk vor Illusionen. Die Regierung Baldwin sei eine Regierung von Dauer. Mit ihr werde man alle die entente cordiale berührenden Fragen zu regeln haben. Es scheine sicher zu sein, daß die Ergebnisse der Haltung des englischen Schatzamtes in der Reparationsfrage sämtlich auf eine Abänderung der französischen Auffassung hinauszielen. Abgesehen von dem Moratorium, das von England vorgesehen werde, hege man Mißtrauen gegen die Pfänder und sei der Ansicht, daß die durch die Besetzung des Ruhrgebiets verringerte Leistungsfähigkeit Deutschlands neu abgeschätzt werden müßte. Die englische Regierung sei gegen eine provisorische Regelung. Eine endgültige Regelung werde unmittelbar bewirken, daß die ganze Welt aufatme und sich geschäftlich wieder belebe. Baldwin werde aber wahrscheinlich in der Frage der Räumung des Ruhrgebiets oder hinsichtlich des passiven Widerstandes keine Einwendung erheben oder sich wenigstens bemühen, für die französische und belgische Regierung eine annehmbare Formel zu finden.

In französischen politischen Kreisen, sowie in der französischen Presse äußert man sich plötzlich sehr optimistisch über die Möglichkeit einer nützlichen Aussprache zwischen London und Paris. Den Anlaß geben die bekannten, allerdings recht vieldeutigen Erklärungen Baldwins gegenüber dem Chefredakteur des „Petit Parisien". Selbst Pertinax erklärt, Frankreich wünsche eine Aussprache mit London nicht weniger dringend als die belgische Regierung. Allerdings macht Pertinax die Voraussetzung, daß der französische Plan vom 11. Juanar nicht geändert würde.

Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt zu den Erklärungen Baldwins bezüglich der Sicherheit Frankreichs, ihm sei von einem sehr hohen französischen Beamten nachdrücklich erklärt worden, daß Frankreich im gegenwärtigen Zeitpunkt die Lösung dieses Problems nicht suche, man sei jetzt in Frankreich der Ansicht, daß es klüger sein würde, die beiden Probleme vollkommen getrennt voneinander zu halten. Dem Be-

richterstatter wurde erklärt, im Augenblick befinde sich Frankreich nicht in unmittelbarer Gefahr, und wenn es auch erwägen müßte, wie seine Sicherheit am besten erreicht werden könnte, beabsichtige es doch nicht, sie als eine dringliche Frage zu behandeln. Frankreich könne warten. Es würde nur zu Komplikationen führen, wenn es sich zu dieser Zeit erklären würde. Solange Frankreich entsprechend dem Versailler „Vertrag" die Rheinlande besetzt halte, sei es sicher. Später würden keine Einwendungen dagegen bestehen, daß der Völkerbund ersucht werde, bei dem Aufbau eines Garantiesystems für Frankreich mitzuhelfen. — Allerdings würde die Frage der Sicherheiten und speziell die französische Forderung einer Internationalisierung des Rheinlandes bei den bevorstehenden Verhandlungen ein schweres Hindernis für den Frieden sein, da Deutschland hierauf keinesfalls eingehen kann. In einem späteren Zeitpunkt besteht weit mehr Aussicht auf eine günstige Regelung. D. Schriftleit.

Mac Kenna über die Reparationsfrage.

Angesichts der Berufung MacKennas, des bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden der Londoner Joint City und Midland Bank, zum Schatzkanzler der neuen englischen Regierung, bringen wir nachstehend Ausführungen Mac Kennas aus einem Referat auf der Neuyorker Tagung der American Bankers' Association vom 2. bis 6. Oktober 1922, auf Grund des damaligen Berichts im „Bank-Archiv" Heft 8 und 9. Diese Ausführungen verdienen jetzt besondere Beachtung, wenngleich sie keineswegs schlechthin als reparationspolitische Richtlinien der neuen englischen Regierung anzusehen sind:

Die erste Frage ist: Wieviel kann Deutschland zahlen? Sie erwarten vielleicht, daß ich eine Aufzählung von Deutschlands natürlichen Hilfsquellen und eine Veranschlagung seiner Produktivkraft geben werde. Man hat dies schon viele Male getan und viel Fleiß auf solche Untersuchungen verwandt. Ich zweifle nicht, daß die Sachverständigen, deren Gutachten an die Signatarmächte des Versailler Vertrages besagte, daß Deutschland 120 Milliarden Dollar zahlen könnte, zahlreiche, sorgfältige Berechnungen dieser Art angestellt haben. Doch was wir zu untersuchen haben, ist nicht Deutschlands Fähigkeit, Güter zu produzieren, sondern seine Fähigkeit, Auslandsschulden zu bezahlen. Ich kann nicht umhin, festzustellen, daß mir hier der Irrtum zu liegen scheint, den die Versailler Gutachter begangen haben.

Wie steht Deutschland heute da? Der größte Teil seiner ausländischen Kapitalanlagen ist verloren gegangen. Teilweise wurden sie während des Krieges verkauft, teilweise als feindliches Eigentum von den alliierten und assoziierten Mächten beschlagnahmt, und was noch verblieb, hat größtenteils seinen Wert verloren, wie z. B. die russischen Kapitalanlagen. Deutschland hat seine Handelsflotte ausliefern müssen und einige seiner ergiebigsten Gebiete, Elsaß-Lothringen, das Saarbecken und die polnischen Provinzen, sind ihm genommen. Sämtliche Quellen, die möglicherweise eine aktive Zahlungsbilanz hätten ergeben können, haben an Leistungsfähigkeit erheblich eingebüßt oder sind gänzlich versiegt. Zu keiner Zeit war Deutschlands Zahlungsbilanz in einem Grade aktiv, daß es die jährlichen Zahlungen hätte leisten können, die im Londoner Ultimatum verlangt wurden; es steht außer Frage, daß es heute erst recht nicht dazu in der Lage ist.

Auf der kürzlich in London abgehaltenen Reparationskonferenz der alliierten Mächte wurde vorgeschlagen, Deutschland durch Strafmaßnahmen zu sofortigen Barzahlungen zu zwingen. Man kann solche Politik nur machen, wenn man überzeugt ist, daß Deutschland wirklich zahlen kann. Ich für meinen Teil glaube nicht, daß es in Deutschlands Macht liegt, zu zahlen. Aber gesetzt der Fall, Deutschland könnte zahlen, so bliebe zu untersuchen, welche Wirkung diese erzwungene Zahlung auf den Welthandel haben würde, und ob dies den Gläubigern einerseits und den übrigen Nationen andererseits Vorteil bringen würde.

Wenn Deutschland zahlen könnte, was von ihm verlangt wird, so wäre die einzige Möglichkeit, sich die Zahlungsmittel zu verschaffen, die Vermehrung des Exports. Was könnte Deutschland exportieren? Deutschland ist vor allem Industriestaat. Was Deutschland an Rohstoffen auf den Weltmarkt bringt, ist verhältnismäßig gering. Dagegen ist Deutschland genötigt, Nahrungsmittel einzuführen. Als eine Folge des Verlustes eines großen Teiles seiner Erz- und Kohlenlager muß Deutschland sowohl Eisenerz als auch Kohle für seine Hütten und Fabriken vom Auslande kaufen. Was Deutschland an vermehrtem Export herausbringen wird, könnte nur aus Fertigfabrikaten bestehen. Um diese Mehrausfuhr von Fabrikaten trotz des Wettbewerbs anderer Industriestaaten zu ermöglichen, müßte die deutsche Bevölkerung mehr Stunden am Tage und für geringere Entlohnung arbeiten. Der Fabrikant müßte auf Teile seines Profits verzichten; ferner müßte der Import auf das geringmöglichste Maß eingeschränkt werden. Aber die Konkurrenzstaaten werden nicht müßig zusehen, wie ihnen ihr Absatz verloren geht und sie in die Gefahr wachsender Arbeitslosigkeit und schwerer Handelseinbußen geraten. Soweit deutsche Güter in ihren eigenen nationalen Markt eindringen, werden sie sie durch Schutzzolltarife auszuschließen suchen. Soweit aber die Konkurrenzstaaten ihren Stand auf den neutralen Märkten behaupten wollen, sind sie gezwungen, ebenfalls ihren Arbeitslohn und Profit herabzusetzen. Wir sehen, daß alle anderen Industriestaaten der Welt ein vitales Interesse daran haben, den auf Vermehrung des deutschen Exports gerichteten Anstrengungen entgegenzuwirken, und dies kann nur geschehen durch ein allgemeines Herabdrücken des Niveaus der Lebenshaltung.

Es wird oft behauptet, daß der Marksturz und die ihn begleitende Desorganisation des Welthandels zu vermeiden gewesen wäre, wenn die deutsche Regierung mit Entschiedenheit und ehrlich gehandelt hätte. Man sagt, daß Deutschland absichtlich die Entwertung seiner Währung förderte, um seine Gläubiger zu veranlassen, ihre Forderungen aufzugeben. Man sagt uns, daß das deutsche Volk nicht hinreichend besteuert sei. Wenn die Deutschen ebenso hohe Steuern zahlen müßten, wie sie in anderen Ländern erhoben werden, so könnte die Regierung ihre Verbindlichkeiten erfüllen. Es ist gewiß richtig, daß in meiner Heimat (England) weit höhere Steuern erhoben werden als in Deutschland; aber ich bin geneigt zu glauben, daß wir überbesteuert sind, und daß eine solche Überbesteuerung die Gütererzeugung der Nation herabdrückt. Mag nun meine Ansicht richtig sein oder nicht, ich kann nicht einsehen, wie eine zusätzliche Besteuerung dazu angetan sein soll, den Außenhandel anzuregen und einen größeren Exportüberschuß hervorzubringen. Die Steuern würden in Mark bezahlt werden, und ob diese Markbeträge erlangt werden durch offene Besteuerung oder versteckte Besteuerung, wie sie die Banknotenvermehrung darstellt, in keinem Falle sind sie ein Zahlungsmittel, das zur Abgeltung ausländischer Verbindlichkeiten akzeptiert würde.

Sicherlich kann Deutschland etwas zahlen, wenngleich nicht in der Form oder unter den Bedingungen, die man Deutschland jetzt aufzwingen möchte. Zahlreiche Deutsche verfügen über Auslandsguthaben, sei es in Wertpapieren oder Bankguthaben. Sie können diese Auslandsguthaben der deutschen Regierung verkaufen, welche ihrerseits sie dann der Reparationskommission aushändigen könnte. Eine notwendige Vorbedingung für eine solche Transaktion ist aber, daß die Eigentümer der fremden Devisen willens sind, sie zu verkaufen. In Deutschlands gegenwärtiger Lage könnte keine Regierung einen zwangsweisen Verkauf durchsetzen. Wie könnte denn diese Einwilligung der Eigentümer erlangt werden? Ich zweifle nicht, daß die Eigentümer der fremden Divisen willens sein würden, sich ihrer zu entledigen, wenn sie das mit sicherem Nutzen tun könnten. Man muß sich erinnern, daß diese Devisen zu einem beträchtlichen Teile den Gegenwert von Markbeträgen darstellen, die von Deutschen auf den internationalen Markt geworfen wurden, in der wohlbegründeten Annahme, daß die Mark unter dem Drucke der Reparationszahlungen rasch fallen würde. Man nehme diesen Druck von der Markwährung, und sie wird sich alsbald erholen. Noch immer hat die Mark auf dem deutschen Inlandmarkt einen weit höheren Wert als im Auslande, und die deutschen Besitzer von Devisen würden einen klar ersichtlichen Vorteil haben, wenn sie nach erfolgter Stabilisierung der Mark ihre Devisenbeträge verkauften.

Es ist unmöglich, den Gesamtbetrag dieser deutschen Auslandsguthaben irgendwie genau zu veranschlagen. Ich glaube aber sicher zu gehen, wenn ich sie nicht weniger als eine Milliarde Dollar bewerte. Welches auch der Betrag sein mag, Deutschland könnte ihn zahlen, wenn dem Fallen der Mark Einhalt getan würde. Mehr als das, glaube ich, hat Deutschland für eine Reihe von Jahren nicht herzugeben; und Deutschland würde diese Zahlung unter der Bedingung machen, daß für lange Zeit in der Zukunft weitere Zahlungen von ihm nicht verlangt werden. Was die Höhe desjenigen Betrages anlangt, den man überhaupt von Deutschland erhalten kann, so glaube ich, daß die Gläubiger gewinnen würden, wenn sie während einer Zeitspanne von mindestens drei Jahren überhaupt auf jeden Versuch, Geld zu erlangen, verzichten würden. Es ist für mich nicht zweifelhaft, daß die ganze Welt durch die allgemeine Stabilisierung der Währungen, die der Stabilisierung der Mark folgen würde, ganz erheblich gewinnen würde.

Zum Schluß gibt Mac Kenna die folgende Zusammenfassung: Ich werde zu der Schlußfolgerung getrieben, daß **Deutschland nur durch Übertragung seiner ausländischen Bankguthaben und den Verkauf der ihm noch verbliebenen ausländischen Wertpapiere zahlen kann**, daß diese Zahlung jedoch nur möglich ist, **wenn alle anderen Forderungen für einen bestimmten Zeitraum zurückgestellt werden,** der lang genug sein muß, **um die Stabilisierung der Mark zu ermöglichen,** und daß künftige Forderungen nach Ablauf dieses Zeitraumes begrenzt sein müssen auf den Aktivsaldo, den Deutschlands Zahlungsbilanz zu jener Zeit aufweist. Ferner: **England hat** die Fähigkeit, den Vereinigten Staaten, die von ihnen erhaltenen Anleihen mit Zinsen zurückzuzahlen, aber nur England allein kann dies tun. Keiner der anderen Schuldner ist in der Lage, mehr als einen kleinen Teil seiner Auslandsschulden abzudecken, und es ist angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage Europas im Interesse aller Beteiligten erwünscht, daß für eine bestimmte Zeit alle interalliierten Schuldzahlungen ausgesetzt werden. Der Betrag, den die einzelnen Schuldner tatsächlich zu zahlen haben, sollte nach einer Untersuchung über den möglichen Exportüberschuß auf Grund freimütiger Aussprache zwischen Gläubigern und Schuldnern festgesetzt werden.

Frankreichs Wirtschaft in englischer Beleuchtung.

Frankreich tritt immer mehr an die Stelle, die Deutschland vor dem Kriege England gegenüber einnahm — wenigstens in englischer Auffassung. Frankreich ist die einzige Macht, die Englands militärische Sicherheit ernstlich bedroht, und es wird mehr und mehr ein gefährlicher wirtschaftlicher Rivale für England, besonders, wenn es seine Pläne verwirklichen sollte, deutsche Gehirne und deutsche Arbeit zum Frondienst für Frankreich zu zwingen.

Ein ausführlicher Bericht über Frankreichs Wirtschaftslage, den der Handelsrat der britischen Botschaft in Paris, Mr. Cahill, soeben erstattete, legt großen Nachdruck auf die wirtschaftlichen Vorteile, welche der Versailler Vertrag Frankreich brachte, und auf die dadurch erhöhte Konkurrenzfähigkeit England gegenüber. Elsaß-Lothringen brachte ihm nicht nur reiche Bodenschätze, sondern große, von den Deutschen aufgebaute Industrien. Der Neuaufbau von 22 Fabriken und ihre Ausrüstung mit neuesten Maschinen hat die Erzeugungskraft seines nördlichen Industriegebiets sehr erhöht. Frankreich ist damit nicht nur unabhängiger von der britischen Industrie geworden, sondern wird gleichzeitig ein immer stärkerer Wettbewerber auf dem Weltmarkt. Wenn es erst Kapital hat, um seine Erzeugungskraft weiter zu entwickeln, wird es in der Eisen- und Stahlindustrie wie in der Maschinenindustrie „ein sehr furchtbarer Rivale" für England werden. Der Bericht betont den scharf schutzzöllnerischen Charakter der französischen Politik. Ein Hindernis bildet der Arbeitermangel und der beständige Rückgang der Bevölkerung. Trotzdem Frankreich mit den eroberten Gebieten eine Bevölkerung von 1 700 000 erhielt, zählt es heute 400 000 Menschen weniger als 1911. Wie wenig Grund Frankreich zum Klagen hat, zeigt folgender zusammenfassender Abschnitt in dem Bericht:

Die heutige wirtschaftliche Stellung Frankreichs ist stark. Seine Industriebevölkerung ist voll beschäftigt, und seine Erzeugung auf den meisten Gebieten wird nur durch den Menschenmangel eingeschränkt. Der industrielle Wiederaufbau der verwüsteten Strecken nähert sich schnell der Vollendung: die beschädigten oder zerstörten Kohlengruben in diesem Gebiet erhöhen ihre Erzeugung, wobei ihnen die verbesserte technische Ausrüstung hilft; in den großen Textilindustrien dieser Gegend sind die beschädigten Fabriken, die mit den modernsten Maschinen ausgerüstet sind, bis zu jedem verfügbaren Mann beschäftigt, besonders in den Woll- und Baumwollbranchen und auch in den neuaufgebauten chemischen und maschinentechnischen Fabriken herrscht lebhafter Betrieb. Die landwirtschaftliche Wiederherstellung ist nicht zurückgeblieben; die Felder, die Weizen und Zuckerrüben tragen, werden bald dem vor dem Kriege so bebauten Gebiet nicht nachstehen, und die Zuckerfabriken sind mit den neuesten Maschinen versehen. Frankreichs auswärtiger Handel hat im Gewicht den vor dem Krieg bereits überstiegen.

Eine interessante Ergänzung zu diesem Bericht liefert eine lange Zuschrift, welche den „Times" von einem der ersten englischen Volkswirte — er zeichnet Economicus — zugeht, und die klar nachweist, daß Frankreich durch den Krieg sehr viel weniger gelitten hat als Großbritannien, und daß es daher wohl daran täte, die großmütigen Zugeständnisse des britischen Vorschlages vom Januar nicht so verächtlich beiseite zu schieben. Im Verlauf seiner Polemik entschlüpft dem Sachverständigen ein recht interessantes Eingeständnis bezüglich der Höhe des in Frankreich wiedergutzumachenden Schadens. Von den 650 Millionen, welche Frankreich bisher dafür ausgegeben habe, „stelle ein sehr hoher Prozentsatz — **wohlunterrichtete Franzosen versicherten mir 50 v. H.** — Unternehmerprofit dar". Dann fährt er fort: „Ich persönlich glaube nicht, daß Frankreich, wenn die ganze Wiederaufbauarbeit fertig ist, selbst wenn es keinen Pfennig Hilfe von außen erhielte, um mehr als 500 Millionen schlechter daran sein würde, wenn der ganze Kriegsschaden am Morgen des Waffenstillstandes durch einen Zauberstab wieder gut gemacht worden wäre. Ich würde diese Zahl viel niedriger setzen, wenn ich nicht lieber ganz sicher gehen wollte."

Die Uebergabe des deutschen Memorandums.

Wie schon gemeldet, sollte das deutsche Memorandum Donnerstag nachmittag 4 Uhr den Regierungen der Alliierten von den dortigen Vertretungen übergeben werden. Nun wird aus Brüssel gemeldet, daß es Poincaré erwünscht sei das deutsche Schriftstück noch vor seiner Abreise aus Brüssel kennen zu lernen um sich sofort mit der Brüsseler Regierung darüber in ein Einvernehmen setzen zu können. Es ist daher möglich, daß der Zeitpunkt der Übergabe der Note mit Rücksicht hierauf etwas frühzeitiger verlegt werden wird. Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris" meldet daß man in der Wilhelmstraße über die Wirkung des neuen deutschen Schrittes sehr zuversichtlich sei, und führt dies darauf zurück, daß angeblich die Regierungen von England, Italien und Belgien auf die Abfassung dieses Schriftstückes unmittelbar und mittelbar durch die englische Regierung Einfluß gehabt hätten. Wir geben diese Meldung wieder, weil sie jedenfalls insofern zutreffend ist als sich die deutsche Regierung bemüht hat, vor der Abfassung des Memorandums sich über die Wünsche und Anschauungen in London und Rom, vielleicht auch in Brüssel, vorher Gewißheit zu verschaffen, um sich event. nach dortigen Wünschen zu richten.

Ermordung eines siebenjährigen Knaben.

Am 5. Juni nachmittags wurde auf den von den Franzosen gesperrten Rheinwiesen zwischen dem Düsseldorfer Hafen und dem Vorort Hamm der siebenjährige Schüler Hans Herbes erschossen, der mit zwei anderen Kindern dort spielte. Die Erschießung spielte sich folgendermaßen ab: Der kleine Hans Herbes spielte mit seinem neunjährigen Vetter und einem elfjährigen Freunde bei der Wirtschaft Lamewarp, die sich in einem Hause befindet, in dem das Kartoffelmagazin der Stadt Düsseldorf untergebracht ist. Das Magazin ist von den Franzosen zur Aufbewahrung von „Fourage" beschlagnahmt. Hinter einem vergitterten Fenster liegt in diesem Hause eine Kammer, die als Wachtstube dient und in der ein Bett steht. Die drei Kinder kamen beim Spielen in die Nähe des Fensters, sahen hinein und bemerkten auf dem Bette einen Soldaten, dem sie im Scherz zuriefen: „Monsieur, nicht Brot?" Der Soldat sagte: „Alles weg!" Nach Kinderart aber machten die Knaben noch mehrmals denselben Zuruf. Hierüber wurde der Franzose ärgerlich, stand vom Bette auf, nahm sein Gewehr und trat in die neben der Kammer liegende Toreinfahrt. Nach Aussage der beiden älteren Knaben hat er dann am Gewehr hantiert, angelegt und geschossen. Der auf die Entfernung von 3 Metern abgegebene Schuß traf den kleinen Herbes an der linken Schläfe und riß den ganzen Hinterkopf weg. Die Hirnschale lag etwa ½ Meter von der Leiche entfernt. Die Gewehrkugel streifte eine Mauer, an der sie aufgefunden wurde. Der Täter wurde von dem wachthabenden Unteroffizier verhaftet. Bei der Verhaftung behauptete der Soldat, von dem Kinde beleidigt worden zu sein. Die weitere Angabe des Soldaten, ihm sei das Gewehr zufällig losgegangen, wird durch die Aussagen der mit dem Getöteten spielenden Kinder widerlegt. Die vorläufige Untersuchung ist in den Händen der französischen Gendarmerie. Die Eltern des erschossenen Kindes sind in Düsseldorf, Siegstraße 18, wohnhaft, der Vater ist Hafenarbeiter und zurzeit arbeitslos.

Ein neuer Fall Schlageter.

Wie die Franzosen einen neuen Fall Schlageter vorzubereiten versuchen, geht aus einer Meldung hervor, zu deren Veröffentlichung die Zeitungen in der Rheinpfalz von den Franzosen gezwungen wurden. In der Meldung heißt es: „Der Haupturheber der Sabotageakte auf der Bahnstrecke Mutterstadt—Rheingönheim ist verhaftet worden. Er hat ein völliges Geständnis abgelegt. Der Verhaftete ist der Ingenieur Paul Görges von der Badischen Anilin- und Sodafabrik; er war früher Offizier in der deutschen Armee." Über die Einzelheiten dieses „Geständnisses" ist bisher nichts bekannt geworden. Auch Schlageter ist auf Grund eines erpreßten Geständnisses verurteilt worden, da man ihn wochenlang derartig mißhandelte, daß er den Tod vorzog. So wird man auch von Ingenieur Görges durch mittelalterliche Foltermethoden ein Geständnis erzwungen haben.

Die neue französische Propagandazeitung.

In Düsseldorf ist der Direktor des Pariser „Journal officiel", Namens Brunand, eingetroffen, der die Leitung der von den Franzosen in den nächsten Tagen zum ersten Mal herausgegebenen neuen Propagandazeitung übernehmen soll. In der Druckerei werden sechs Setzer, darunter einige deutsche, beschäftigt.

Deutsches Reich.

** **Keine Versiebenfachung der Fernsprechgebühren.** Der Postbeirat hat sich am 6. Juni wider Erwarten gegen die ungeheure Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren gewandt, die das Finanzministerium dem Postministerium aufoktroyieren will. Der Postbeirat hat jedenfalls die Erhöhung der Fernsprechgebühren abgelehnt und nur eine fünffache Erhöhung bewilligt. Ebenso hat er die Gebühren für Pakete erheblich herabgesetzt. Auch die Gebühren für Auslandsbriefe sollen nicht mit 1000 Mk. beginnen, sondern mit 800 Mk. Auch sonst hat der Postbeirat einige Ermäßigungen beschlossen. Ob sich das Reichsfinanzministerium fügen oder versuchen wird, im Reichsrat seine höheren Sätze durchzusetzen, bleibt abzuwarten.

** **Sozialdemokratische Massenversammlungen in Berlin.** Mittwoch abend fanden, wie der „Vorwärts" berichtet, in zahlreichen Lokalen Groß-Berlins Versammlungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft statt, um gegen den „Dolchstoß der Industrie" Protest zu erheben. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammelten protestieren gegen die rücksichtslose Interessenpolitik der deutschen Industrie. Sie verlangen von der Reichsregierung ernsthafte, wirksame und schärfste Maßnahmen gegen die allgemeine Not der breiten Massen, im besonderen fordern sie, daß sofort die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, 1. damit die Renten, insbesondere die Unterstützungen für die Erwerbslosen und die Löhne und Gehälter an die Geldentwertung voll angepaßt werden; 2. damit die völlige Entwertung der Besitzsteuer durch Anpassung an die Geldentwertung endlich verhindert wird; 3. damit der weitere Sturz der Mark aufgehalten wird. Die Anwesenden erklären, daß sie sich für den Ruf der sozialdemokratischen Partei bereithalten. Sie werden jeder sinnlosen Einzelaktion entgegentreten, aber sie werden ihre ganze Kraft auf den einen Punkt vereinigen, sofortiger Schutz zur ernstlichen Arbeit gegen jede weitere Verelendung und Kämpfe gegen die absolutistischen Gelüste des Kapitals.

** **In Leipzig kam es am Dienstag abend wieder zu Krawallen, bei denen es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam und einige Verletzte gab.**

** **Absage an die Streikhetze in Deutsch-Oberschlesien.** In Gleiwitz fand am 5. Juni abend $7^1/_2$ Uhr eine Sitzung der Betriebsräte Oberschlesiens statt, die von der wilden Streikleitung einberufen worden war. In dieser Sitzung sollte Bericht erstattet werden über die Stimmung in den Belegschaften der vom Streik betroffenen Gruben und Betriebe. Die Betriebsräte dieser Anlagen erklärten übereinstimmend, daß sie sich an dem Streik ohne Einwilligung der Gewerkschaften nicht beteiligen könnten, weil dieser Streik zu politischen Zwecken ausgebeutet werde.

Aus aller Welt.

Der tschechische Staatspräsident Masaryk hat sich auf Anraten der Ärzte nach Montreux in der Schweiz begeben.

Der kroatische Separatismus in Jugoslawien. In der Sitzung der Skuptschina las Ministerpräsident Pasitsch eine Regierungserklärung über die innere und äußere Situation Jugoslawiens und über das Regierungsprogramm vor. Die Regierung kündigt an, daß sie sich energisch gegen jede separatistischen Ziele, die man vor allen Dingen in den Kreisen der Kroaten verfolgt, wenden werde.

Massenverhaftung von Kommunisten in Japan. Reuter meldet aus Tokio: Hier sind mehr als 100 Kommunisten und führende Sozialisten verhaftet worden. Die Polizei versichert, sie habe eine Verschwörung gegen den Staat aufgedeckt.

Suche zwecks Kaufs sofort
im Auftrage etlicher ernster Reflektanten
kleinere, mittlere und größere

Güter

mit voller Auszahlung.
Gefl. Offerten nebst Beschreibung erbittet
Güteragentur
A. v. Molinek, Poznań,
ul. Zwierzyniecka 10a.
7500] Telephon 1564.

Kamelhaar-Treibriemen

7476]
beste Qualität
liefert in allen Längen und Breiten
Woldemar Günter,
landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel,
Fette und Oele.
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

Lokomobilen.

Ich habe preiswert abzugeben:
1 Lokomobile Lanz, Baujahr 1909, 10 Atm. Betriebsspannung, 19,207 qm Heizfläche, Ventilsteuerung.
1 Lokomobile Flöther, Baujahr 1894, 7 Atm. Betriebsspannung, 19,69 qm Heizfläche.
1 Lokomobile Bansomes, Baujahr 1900, 7 Atm. Betriebsspannung, 18,93 qm Heizfläche.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Herrschaft Grocholin b. Keynia
verkauft
ca. 200 Stück Hammel,
100 „ Mutterschafe
und 60 Zutreter. [7505

---

4 starke arbeitsfähige **Zugochsen**
stehen zum Verkauf.
Offerten unt. B. 7503 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Großes **Leiterngerüst** mit Bohlen u. allem Zubehör zu verkaufen.
Offerten unt. K. 7458 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

22000 Mark

zahle für 1 Pfd. **Roßschwanzhaare,**
auch alle Sorten Felle, Schafwolle, Bienenwachs kauft die Woll- u. Fellhandlung **Poznań, św. Marcin 34.**

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juni 1923

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Vier Kahnladungen
Prima Braunkohlenbriketts

den besten Steinkohlen gleichwertig, jedoch wesentlich billiger, treffen in den allernächsten Tagen für uns in Poznań Tama Garbarska ein.
Aufträge in jeder gewünschten Menge nimmt entgegen.
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe, Poznań, Wały Zygmunta Augusta Nr. 3
Telephon: Nr. 1293 und 3871. Telegr.-Adresse: Węglešląskie.

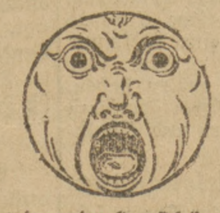
EIN WAGGON LINOLEUM

in allen Farben eingetroffen.
WIELKOPOLSKA CENTRALA TAPET,
Pocztowa 31 — gegenüber dem Hauptpostamt.

---

13. VI. 23, Arb. I. Kglg.

Schlechte Geschäfte



zwingen den kurzsichtigen Mann zum Schimpfen und Klagen,
aber der kluge Geschäftsmann
inseriert im tonangebenden und vielgelesenen
Posener Tageblatt



und freut sich bald über den guten Umsatz. Er bedauert, daß er nicht schon früher inseriert hat.

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:
Versand-Buchhandlung
liefert jetzt direkt an die Besteller folgende neue Werke und Zeitschriften:

Dr. Hennings, Deutsche in England.
Dr. Keilhau, Die Wertungslehre.
Fichte, Reden an die deutsche Nation.
Dr. Trübenbach, Praktische Geflügelzucht.
Wulf, Rebhuhnfarbige Italiener.
Dr. Lucas, Anleitung zum Obstbau.
Zander, Handbuch der Birnenkunde in Einzeldarstellungen.
Börner, Charakterbildung der Kinder.
Müller, Beruf und Stellung der Frau.
Sweers u. Croce, Erwerbsgeflügelzucht.
Shou, Deutschlands Zukunft im Gesetz kosmologischer Entwicklung.
Nieborowski, Oberschlesien und Polen.
G. Schwab, Die schönsten Sagen des klassischen Altertums.
Seeberg, Zum Verständnis der gegenwärtigen Krisis in der europäischen Geisteskultur.
Steinbeck, Die Gottespredigt für unsere Zeit.
Till Eulenspiegel, Die Schildbürger.

Zeitschriften:
Die Woche. — Daheim. — Velhagen und Klasing's und Westermann's Monatshefte. — Europäische Modenzeitung. — Für's Haus. — Deutsche Jägerzeitung. — Die Gartenlaube. — Der Bazar (Frauen-Modeblatt). — Vobachs Frauen- und Modenzeitung. — Elegante Mode (14tägig).

Sämtliche Bestellungen,
auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir
direkt an uns
zu senden!
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Möbeltaxen

auch außerhalb prompt und gewissenhaft führt aus **Max Bernhardini,** Möbelhändler, Aleje Marcinkowskiego 3b.

Stellenangebote

Sohn achtbarer Eltern
nicht unter 16 Jahren.
der Lust hat Müller zu werden
kann sich melden. [7462
Fr. Nikolaiczik,
Mühlenbesitzer, Rogoźno,

Ein tüchtiges, ehrliches
Mädchen

für Landschulhaus gesucht. Angebote an **Lehrer Fritz, Boduszewo** b. Mur.-Goslina Kr. Oborniki. (7463

Nach **Szkudla,** Post **Kucharki,** Kreis **Pleszew, Poznań,** suche ich zum 1. 7. 23 oder später für meine Kinder von 10, 8 und 6 Jahren eine kinderliebe (7491

Erzieherin

(Lehrtätigkeit). Bewerberinnen mit erstklassigen Befähigungsnachweisen möchten diese senden an
Frau von Langendorff,
geb. **von Becker,**
z. Zt. **Sanatorium Ulbrichshöhe** bei **Reichenbach in Schlesien.**

Gesucht zum 1. Oktober d. Js. [7488
zuverlässig. Beamten

auf 1600 Mrg. groß. Gut Woj. Poznań,
der deutschen und polnische Sprachen in Wort und Schrift mächtig. Gehaltsansprüche, Lebenslauf und Zeugnisabschriften mit Bild erwünscht.
Willy Jaeckel, Dom. Marynka. Post Liszkowo, Kr. Bygdoszcz.

Deutsche Herrschaft
sucht per 1. Juli jüngeren, tüchtigen, verheirateten
Brennereiverwalter.

Zeugnisabschriften, Lebenslauf, Gehaltsforderungen unter W. Z. 7467 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gesucht p. sofort tüchtigen
Dominialschmied

mit eigenem Handwerkszeug. (7513
Dom. Sulęcin, pow. Środa.

Uebersetzer(in)

mit **vollständiger Kenntnis** der deutschen und polnischen Sprache, möglichst auch der **kaufmännisch. Buchführung,**
zum baldigen Eintritt gesucht.
Schriftliche Meldung mit Zeugnisabschriften.
Verband landw. Genossenschaften in Großpolen T. z.
Poznan, ul. Zwierzyniecka 13.

Suche zum 1. Juli d. Js. erfahrene, evang.
Wirtin oder Stütze,

die im **Gutshaushalt** bereits tätig war. Zeugnisse, Bild und Gehaltsforderung an
Frau Gutsbesitzer Weise,
Bielawy bei Kossowo, Kreis Leszno.

Spielplan des Großen Theaters.

Sonnabend, den 9. 6., abends 7½ Uhr: **„Lohengrin",** Oper von Wagner.
Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.



Deutscher Theaterverein
Posen.
Dienstag, den 12. Juni 1923,
abends 8 Uhr,
im Saal des Zoologischen Gartens:
Zum 2. und letzten Male
Der Raub der Sabinerinnen.

Schwank in 4 Akten von Franz und Paul von Schönthan.
Eintrittskarten zu 2000, 4000, 5000 und 7000 Mk. sowie Programme zu 500 Mk. sind im Vorverkauf im Zigarrengeschäft von **Gumnior,** św. Marcin, Ecke Gwarna sowie an der Abendkasse zu haben.

KINO Colosseum św. Marcin 65.
Vom 4. bis 10. Juni:
Liebling aller Kinobesucher
Eddie Polo

in dem 6aktigen Sensationsdrama
Bestrafte Habgier
Nur eine Serie

Teatr Pałacowy

Plac Wolności 6.
Nur bis Sonntag, den 10. d. Mts. einschl. das Sensations-Programm:
Der König der Athleten

Grösstes, alles bisher Gesehene überbietendes sensationelles Abenteuerdrama in 2 Serien zu je 5 Akten.
In der Hauptrolle der Meister in Welt-Ringkämpfen: **Reicewich.**
I. Serie u. dem Titel: **Der fürstliche Vampir**
II. Serie u. dem Titel: **Die Geheimnisse d. Teufelsschlosses**
Achtung! Um den Gesamteindruck zu wahren, führen wir beide Serien zugleich vor.
Der Film wurde in den grössten Lichtspieltheatern der Welt bei ständig wachsendem Erfolg gespielt.
Beginn der Vorstellungen um 4, 6¼ u. 8½ Uhr.
Von Montag ab:
Das Millionenweib.
Das grösste Filmkunstwerk mit der Filmkönigin
Ellen Richter in der Hauptrolle.

Suche für größeres Gut von sogleich oder später evang., gebildete
Gutssekretärin

mit Befähigung zur selbständigen Auslohnung der Leute. Erfahrung in der landw. Buchführung und Rechnungswesen. Maschinenschreiben Bedingung. Polnische Sprache in Wort und Schrift erwünscht. Stelleninhaberinnen haben stets Jahre hindurch **Vertrauensstellung** inne gehabt. Zeugnisabschr., Lebenslauf und Gehaltsforderung an [7510
Rittergutsbes. Schulemann, Lisnowo,
(Gr. Leistenau). Kr. Grudziądz (Graudenz) Pommerellen.

Stenotypistin,
flott deutsch und polnisch stenographierend, sucht per sofort oder vom 15. d. Mts.
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe
Poznań, Wały Zygmunta Augusta Nr. 3.



Junges, besseres Fräulein sucht Stellung als
Stütze

bei einzelnem Herrn oder Dame oder als **Empfangsfräulein** bei ein. Arzt oder dergleichen. Off. u. **R. 7508** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gelernter Landschafts-**Gärtner**
übernimmt noch das **Zurechtmachen** von Schrebergärten, Villengärten. Parkanlagen.
Auch werden **Gärten** usw. in laufende oder zeitweise Pflege genommen.
M. Kanikowski, Poznań,
ul. Szamarzewskiego 13/15.
Gartenhaus I.

Deutsche
Stenotypistin
(Anfängerin),
sucht ab **1. 7. 23 Stellung,** auch nach auswärts. Angeb. unt. **7373** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Routinierter Landwirt, Oberschles.,
37 Jahre alt, verheirat., mit 20jähriger Praxis, Absolvent der Ackerbauschule, versehen mit prima Zeugnissen von erstklassigen großen Wirtschaften Schlesiens, Brandenburgs und Posens, in Zuckerrübensamen-, sowie Gemüseanbau best. vertraut
sucht per sofort, evtl. später passenden Wirkungskreis.
Zuschriften unter **7511** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Die polnischen Arbeiter in Frankreich.

Aus Myslowitz berichtet der Kattowitzer „Górnoślązak", daß die Ausreise von Arbeitern nach Frankreich sich bedeutend gesteigert habe. Am meisten gesucht seien in Frankreich Bergleute und ungelernte Arbeiter.

Von der Lage der polnischen Arbeiter in Frankreich gewinnt man ein Bild aus einem Bericht über eine Versammlung polnischer Bergleute in Lallaing („Wiarus Polski" Nr. 100):

In den das Nordrevier Frankreichs umfassenden Departements Nord und Pas de Calais bildet die polnische Bevölkerung gegenwärtig ein Kontingent von gegen 400 000 Menschen. An der Versammlung beteiligten sich nahezu 600 Personen, die auf Veranlassung des „Bundes polnischer Arbeiter in Frankreich" über die Frage des polnischen Schulwesens, der polnischen Staatsbürgerschaft und der Entschädigung für die während des Krieges erlittenen Verluste der in Frankreich wohnhaften Polen verhandelten.

Bezüglich des Schulwesens wurden von einzelnen Rednern Klagen über den Lehrermangel in den Orten vorgebracht, wo ein leerer Raum des Lehrers harrt, die Kinder aber sich auf den Wegen umhertreiben. In die französischen Schulen mögen die Bergleute ihre Kinder nicht schicken, weil man die Kinder, die die französische Sprache nicht kennen, still sitzen heißt, um bloß die französischen Kinder nicht zu stören. Infolgedessen verlieren die polnischen Kinder die Lust zum Schulbesuch. Von 10 000 polnischen Kindern im schulpflichtigen Alter genießen kaum 3000 Unterricht in der polnischen Sprache.

Aus dem Ruhrgebiet sind Tausende von westfälischen Polen in Frankreich eingetroffen, von denen sehr viele bis heute noch nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, weil sie weder Zeit noch Gelegenheit hatten, von der durch den Versailler Vertrag festgesetzten Option Gebrauch zu machen. Das Konsulat in Essen stellt ihnen zwar bei der Ausreise Karten für die polnische Nationalzugehörigkeit aus, die für das Paßvisum ausreichen; allein sie sind bis heute im Besitze deutscher Personalausweise. Es gibt auch solche, die Karten betreffend die nationale Zugehörigkeit nicht besitzen, und „denen das Fell auf dem Rücken brennt" bei dem Gedanken, daß sie im Falle des Abbruchs der französisch-deutschen Beziehungen als deutsche Untertanen in die Räumungslager kommen könnten, wie dies während des Krieges geschehen war.

Die Frage der Entschädigung für die von Polen während des Krieges erlittenen Verluste ist bis heute noch nicht erledigt, obwohl die Ortsgemeindeausschüsse von den Polen Erklärungen eingesammelt haben. Auch das polnische Konsulat in Paris hat einen Teil dieser Erklärungen registriert; aber die Polen haben bis heute noch nichts erhalten.

Schließlich wurden noch Beschwerden über die Verwaltungszentrale in Toul vorgebracht und beschlossen, dem Ausschuß für soziale Fürsorge im polnischen Sejm zu Warschau wie auch der öffentlichen Meinung das zu diesem Zwecke von den Versammelten bearbeitete Material in einer entsprechenden Denkschrift zu unterbreiten.

Sowjetrußland.

Was die Kommunisten in den Kirchen geplündert haben.

Einem russischen Berichte zufolge wurden alle Wertgegenstände, die die Sowjetbehörden in den einzelnen Kirchen geraubt haben, dem Fonds für ausländischen Handel zugewiesen. Die Sowjetbehörden waren bemüht, zu verschweigen, was sie in den Kirchen an Wertgegenständen geraubt haben. Heute kann schon festgestellt werden, daß die geraubten Sachen 33 Pfund Gold, 24 Pfund Silber, 14 Pfund Perlen und 71 703 Stück Brillanten umfassen. Von diesen Gegenständen wurden bisher 15 Pfund Gold, 17 Pfund Silber und 13 516 Stück Brillanten verkauft, wofür die Sowjetbehörden 350 000 Golddollar, d. i. 700 000 Goldrubel, einnahmen. Die Sowjetbehörden behaupteten, daß sie für die 700 000 Goldrubel Weizen, Schmalz, Speck und andere Nahrungsmittel für das Volk aufgekauft haben. Ob diese Behauptung der Wahrheit entspricht, läßt sich schwerlich nachweisen, sicher aber ist, daß die angegebene Summe für die verkauften Wertgegenstände für allzu niedrig gehalten werden muß; machen doch die 18 000 Pfund Silber allein 4 Millionen Golddollar aus. In kommunistischen Kreisen Moskaus ist man über das schlechte Geschäft, das man mit den Kirchenschätzen gemacht hat, höchst unzufrieden. Man spricht davon, daß zur Überwachung des Außenhandels eine Kommission eingeführt wird. Da man fürchtet, daß diese ganze Angelegenheit in weiten Kreisen Anstoß erregen könnte, ist man bemüht, sie, soweit es möglich ist, tot zu schweigen.

Strenger Uniformzwang für die Rote Armee.

Der Kommandant der Garnison Moskau hat einen Garnisonbefehl erlassen, wonach im Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Uniform bei der Roten Armee alle Truppenkommandeure und Chefs militärischer Anstalten angewiesen werden, streng darauf zu achten, daß ab 1. Juni d. Js. alle dem Militärressort unterstellten Personen, darunter auch die politischen Kommissare der Roten Armee, in der Öffentlichkeit und auf den Straßen Moskaus in der vorschriftsmäßigen Uniform zu erscheinen haben. Für die Übertretung dieses Befehls sind nicht nur die Zuwiderhandlungen, sondern auch ihre militärischen Vorgesetzten verantwortlich.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 8. Juni.

Besseres Wetter in Sicht?

„Die Nachricht hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube" — wird manch einer beim Lesen der obigen Überschrift sagen, der in den bisherigen Junitagen schon wiederholt ängstliche Blicke nach seinem Winterflausch geworfen und sich den sog. „Rosenmonat" etwas anders vorgestellt hat, als er sich diesmal gerade bei uns einführt. Aber doch wird jetzt allen Ernstes uns von Meteorologen zuverlässig versichert, daß es in diesen Tagen anders werden solle, und das wird uns nun folgendermaßen schmack- und glaubhaft gemacht:

Die Meteorologie läßt den Sommer mit dem 1. Juni beginnen. Aber noch immer zeigte leider die Wetterlage keine Neigung, sommerlichen Charakter anzunehmen. Wenn auch die Temperaturverteilung über Europa und besonders im Nordwesten Europas die Merkmale der Übergangsjahreszeit verloren hatte, so lagen die Temperaturen doch in Mittel- und Westeuropa noch meist unter dem normalen, der Jahreszeit entsprechenden Werte. Nur in den kontinentalen Gebieten Polens und Rußlands stiegen sie stärker an.

Das Hochdruckgebiet im Nordwesten Europas hat seinen Kern, der zurzeit westlich Englands liegt, in der letzten Woche nur wenig ostwärts vorgeschoben. Von der Biscayasee drangen dauernd Druckströmungen nach Mitteleuropa vor und brachten unbeständige Witterung. In der wärmeren Jahreszeit bringen die ozeanischen Winde als Träger des Meeresklimas kühleres Wetter. Da nun der hohe Druck im Nordwesten in Verbindung mit den südlich davon auftretenden Druckstörungen die Heranführung kalter Luft aus nördlichen maritimen Gebieten begünstigte, so blieben die Temperaturen über Mitteleuropa im allgemeinen nur mäßig warm und stiegen nur zeitweise dann etwas an, wenn mit vorübergehender Aufheiterung stärkere Sonneneinstrahlung einsetzte. Die Wetterlage, die ein stationäres Hochdruckgebiet im Nordwesten aufweist, ist charakteristisch für kühle Sommer.

Nun haben aber die Druckstörungen über der Biscayasee an den letzten Tagen an Intensität verloren. Es ist also anzunehmen, daß sie auch über Mitteleuropa nur noch in geringerem Maße, als dies bereits der Fall war, die Wetterlage beeinflussen. Es besteht daher die Aussicht, daß der hohe Druck, sich nach Süden und Südosten ausbreitend, eine allmählich beständiger werdende Witterung bringt.

Aber bitte, bitte, recht bald, ehe wir ganz zu Eis erstarren!

Milderungen der Einreisebestimmungen nach Deutschland.

Die Einreisebestimmungen nach Deutschland zur Förderung eines nützlichen Fremdenverkehrs sind, einer Meldung reichsdeutscher Blätter zufolge, wesentlich gemildert worden, so daß Einreisesichtvermerke nach Deutschland für Kur-, Erholungs-, Studien- und Vergnügungsreisen, sowie zu ernsthaften geschäftlichen Zwecken von den deutschen Auslandsvertretungen ohne Schwierigkeiten erteilt werden. Auch die Regierungen der Länder haben nach den kürzlich in Bamberg aufgestellten Richtlinien die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung allgemein gemildert; so hat Baden von dieser gebührenpflichtigen Genehmigungserteilung ganz abgesehen; für die Einreise nach Bayern stellen die Konsulate des Deutschen Reiches Vorgenehmigungen aus, die von den bayerischen Ortspolizeibehörden im allgemeinen ohne weiteres bestätigt werden; ähnlich wird die Aufenthaltsgenehmigung in Thüringen und Württemberg gehandhabt, und vor allem ist die vielfach verärgernde Vorschrift weggefallen, nach der für jeden Aufenthaltswechsel innerhalb des Deutschen Reiches eine neue Aufenthaltsgenehmigung nachgesucht werden mußte. Die Gebühr für diese Aufenthaltsgenehmigungen ist einheitlich geregelt und wird nach Goldmark berechnet, so daß auch eine Benachteiligung einzelner Nationen von nun ab fortfällt.

Ausfuhrbeschränkungen für Holz.

Auf Grund des Gesetzes vom 15. Juli 1920 ist ein formelles Ausfuhrverbot für jegliches Holz in unbearbeitetem Zustande erlassen worden. Jedoch wird an jedermann ohne Prüfung der näheren Umstände Ausfuhrerlaubnis für unbearbeitetes Holz unter folgenden Bedingungen erteilt:

1. der Exporteur hat sich zu verpflichten, daß er innerhalb von 4 Monaten vom Datum des Erhalts der Ausfuhrerlaubnis an gerechnet, bei der Polnischen Landesdarlehnskasse (Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa) 50 Prozent der aus dem Geschäft erlangten ausländischen Devisen deponiert und innerhalb weiterer 3 Monate gegen polnische Mark auswechselt; 2. bei der Ausfuhr von unbearbeitetem Weichholz (Bauholz, Papierholz, Grubenholz, Telegraphenmasse usw. hat sich der Exporteur außerdem zu verpflichten, daß er innerhalb von 4 Monaten eine Ausfuhrabgabe in Höhe von 40 Prozent des Exportgewinnes an die Staatskasse abführt. Sowohl der Wert des ausgeführten Holzes wie auch die Höhe des jedesmaligen Exportgewinnes werden von Zeit zu Zeit ohne Prüfung der Kontrakte generell durch das Hauptein- und ausfuhramt festgesetzt.

Sonderbeihilfe für die Eisenbahner. Wie gemeldet wird, hat sich die Regierung dazu bereit erklärt, den Eisenbahnern eine einmalige Sonderzuwendung in Höhe von 50—400 000 Mark, abhängig von Gehaltsklasse und Familienstand, auszuzahlen. Die Beihilfe wird den Kategorien 7—15 zuteil werden.

X Die Fronleichnamsprozessionen haben mit der gestern nachmittag 6 Uhr von der St. Lazaruskirche veranstalteten ihr Ende erreicht. Während die vormittags von der Karmeliterkirche zelebrierte unter der Ungunst des Wetters (Regen mit Hagel) sehr zu leiden hatte, blieb es am Nachmittag wenigstens von oben her trocken. Freundliches und mildes Juniwetter war es allerdings nicht.

Der deutsche Theaterverein beabsichtigt am nächsten Dienstag, 12. Juni, eine zweite Aufführung des Schwankes „Raub der Sabinerinnen", da die erste Vorstellung guten Erfolg hatte, kommt man mit der Wiederholung wohl einem allgemeinen Wunsche entgegen. Karten sind ab Sonnabend, 9. d. Mts., im Zigarrengeschäft Gumnior zu haben. — Wie uns der Theaterverein mitzuteilen bittet, ist, einem Wunsch des Publikums Rechnung tragend, als Spieltag der Dienstag jeder Woche festgelegt worden. Ob allerdings alle 8 Tage eine Vorstellung stattfinden wird, bleibt von technischen Schwierigkeiten abhängig.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein veranstaltet am Sonntag, 10. d. Mts., einen botanisch-zoologischen Ausflug nach der Bagna mit ihrer interessanten Zwischenmoorflora. Es ist eine Fußwanderung von 25—30 Kilometern von Obornik über Trommelort zum Moor, von dort zur Stobnica nach der gleichnamigen Bahnstation in Aussicht genommen. Im Moor muß mit teilweise nassen Wegen gerechnet werden. Abfahrt nach Obornik 8,05 früh, zurück in Posen 8,55 abends. Verpflegung mitnehmen! Gäste sind willkommen.

Zwei beachtenswerte Konzerte. Das Konzert des Bassisten Adam Didur findet am 17. Juni (nicht am 18., wie zuerst angekündigt wurde) im Konzertsaal der Universität statt, das Sinfoniekonzert unter Leitung von Adam Dołżycki an derselben Stelle am 18. Juni (Montag).

X Das Ende eines Streites. Dieser Tage berichteten wir von dem erneut beginnenden gewaltsamen Abbau des Holzzaunes an der abschüssigen Glogauerstraße von der Bahnhofsbrücke bis zum Eingange nach dem Bahnhof Westseite. Die Eisenbahnbehörde scheint jetzt des ewigen Kampfes mit bequemen Leuten müde zu sein und läßt den leicht zerbrechlichen Holzzaun durch einen eisernen ersetzen, an dem die Holzsäulen durch schwer massive Steinsäulen ersetzt werden. Mit der Anfuhr der Steinständer ist bereits begonnen worden. Es handelt sich um die Errichtung einer Umwährung, wie sie an der Glogauerstraße von der Caponnière bis zur Bahnhofsbrücke angebracht sind. Diese dürfte den fortgesetzten Angriffen bequemer Leute besser Stand halten.

X Schornsteinbrand. Die Feuerwehr wurde Donnerstag nachmittag 4 Uhr nach dem Hause Wallischei 35 zu einem Schornsteinbrande gerufen.

X Diebstähle. Gestern wurden aus einem Laden in der ul. Garncarska 2 (fr. Töpfergasse) 12 Stück Saffianleder im Werte von zwei Millionen Mark und aus dem Hausflur des Hauses ul. Kraszewskiego 8 (fr. Hedwigstr.) vier elektrische Lampen im Werte von 300 000 Mark gestohlen.

* **Briesen**, 7. Juni. Ausgewiesen ist von hier der Kaufmann Pehlemann. Polnische Blätter meldeten bereits vor einigen Tagen auch die Ausweisung des Bauunternehmers Zilz, sowie des früheren Landwirts Votenz, ebenfalls von hier. Den beiden Letztgenannten ist jedoch bisher amtlich noch nichts bekanntgegeben.

* **Bromberg**, 7. Juni. Der Ausstand im Elektrizitätswerk ist am Mittwoch beendet worden, und seit gestern

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(40. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Er ist sehr beschäftigt mit dem Dienst, dem Jagdreiten; außerdem macht er Frau Herma, die wieder bei ihren Eltern ist, den Hof," erwiderte Else. „Ich glaube, es soll mich kränken, aber ich bemerkte es gar nicht; erst die Neckereien der anderen machten mich aufmerksam."

„Solche gedankenlose Spielerei, die ist immer erlaubt," meinte Rainer bitter. „Ob sie der Frau Herzwich macht oder nicht, ist ganz gleich. Aber wenn man sein Leben hinwerfen möchte, weil man es nicht mit der Geliebten vereinen kann, das ist Sünde."

„Es ist Sünde! Aber schön war es doch," sagte Else mit ihrem traurigen Lächeln. „Rainer, die Erinnerung an die Stunden mit Dir zusammen im Walde, an unserem Flügel, die gäbe ich nicht her um alle Schätze der Welt."

Es war völlig menschenleer um sie herum; er zog sie in seine Arme, und sie küßten sich, als ob sie vergehen wollten.

„Könntest Du Dich nicht entschließen, mir die Kinder zu opfern?" flüsterte er ihr ins Ohr, „dann reiße ich Dich los; ich gebe alles für Dich auf; ich will für Dich arbeiten wie ein Tagelöhner, aber sei mein!"

Ein Ausdruck von Qual und Verzweiflung breitete sich über ihre Züge. „Wir könnten dann doch kein Glück finden," versetzte sie mutlos. „Die Stimme meiner verlassenen Kleinen würde mich in Deinen Armen aufschrecken. Ich ließe mich mit Wonne für Dich kreuzigen, die Welt ist mir eine Wüste ohne Dich; wenn sie alle mit Steinen nach mir würfen, ich lachte darüber; aber meine Kinder verlassen kann ich nicht; Du selbst müßtest mich später deshalb verachten."

„Dann weiß ich nur noch einen Ausweg," sagte er dumpf. „Den müssen wir wählen, sonst gehen wir beide zugrunde."

Sie fragte nicht, was er meinte; schweigend schritten sie dem Bahnhof zu; er sah lange dem rollenden Zuge nach, der ihm sein Liebstes wieder entführte, dann ging er mit schnellen Schritten seiner einsamen Wohnung zu, sein Entschluß war gefaßt. — — — — — — — — — — — — — —

„Ist denn die ganze Welt verrückt geworden? Mein Herr Bruder jedenfalls." Zornig, mit lauter Stimme sprechend, kam der Rittmeister an einem trüben Novembermorgen in das Frühstückszimmer, wo Else ihn mit dem Kaffee erwartete. Er hielt einen offenen Brief in der Hand: „Wußtest Du von dieser Tollheit?"

„Was ist denn geschehen?"

„Rainer schreibt mir, daß er mit der nächsten Truppensendung, dem Datum nach müßte es gestern gewesen sein, nach Afrika geht. Er kam mir schon die ganze letzte Zeit wunderlich vor; auch daß er uns nicht besuchte, war sehr auffallend; aber solchen Wahnsinn hätte ich ihm doch nicht zugetraut, Verliert sein letztes halbes Jahr Akademie, gibt die sichere Aussicht des Generalstabskommandos auf, um die Hereros zu begrüßen, jetzt, da in Afrika tiefster Friede ist! Das geht nicht mit rechten Dingen zu, und steckt etwas anderes dahinter. Irgendeine infame Weibergeschichte! Warst Du denn nicht in seinem Vertrauen, ihr wispertet ja doch den ganzen Tag zusammen?"

Else stand wie vom Blitz getroffen, ihre weitgeöffneten Augen starrten ihren Mann mit so entsetztem Ausdruck an, daß er doch aufmerksam wurde. „Na, warum wirst Du denn so weiß wie ein Handtuch?" „Es ist ja Dein Bruder?" „Also Du hast auch nichts davon gewußt?"

„Nein, ich habe nichts davon gewußt," wiederholte sie mit ganz tonloser Stimme. „Ich hätte es mir ja denken können, als er sagte, daß er ein Ende machen müßte. Rainer!" schrie sie plötzlich auf. „Warum hast Du mir das getan, weshalb verläßt Du mich?"

„Du willst wohl hysterisch werden?" fragte Hans-Otto. „Es ist ja sehr anerkennenswert, daß Du solchen Anteil am Geschick meines Bruders nimmst, sehr verwandtschaftlich, aber drücke Dich dabei etwas vernünftiger aus. Wenn Mama noch so jammern wollte! Aber Dich geht es doch eigentlich gar nichts an, soviel ich weiß."

„Was weißt Du denn in Deiner Selbstherrlichkeit von den Leiden und Kämpfen Deiner Umgebung?" gab die junge Frau leidenschaftlich zurück. „Neben Dir kann man in Elend und Verzweiflung vergehen, ohne daß Du etwas merkst."

Der Rittmeister zog die silberne Kaffeemaschine heran und versorgte sich reichlich, da seine Frau keine Anstalten machte, ihn wie sonst zu bedienen. „Setz' Dich jetzt hin und sei einmal ausnahmsweise verständig," herrschte er sie an. „Du scheinst doch etwas von der Sache zu wissen. Was soll das heißen, „er wollte ein Ende machen"?"

„Er wollte Länder und Meere zwischen uns legen, da wir einander lieben und nicht angehören können." Sie sprach mit unnatürlicher Ruhe.

Hans-Otto schob seinen Stuhl zurück und öffnete seine großen blauen Augen weit vor Erstaunen: „Man weiß bei Euch verrückten, sogenannten „Künstlern" nie: spielt Ihr uns und Euch selbst Theater vor, oder seid Ihr wirklich schon übergeschnappt. Das kommt von dem ewigen Singen und Schalmeispielen. Nun bildest Du Dir ein, eine mißverstandene, unglückliche Frau zu sein, nicht wahr? Und er, der „zarte Ritterliche", mußte trösten? Eine rechte Eselei! Da ist es ja ganz gut, daß er fortgeht; obgleich es ein Jammer um den lieben, prächtigen Kerl ist. Daß ein Weib dahinter steckte, dachte ich mir, nur nicht, daß es mein eigenes war."

Er ergriff ihren Arm und schüttelte ihn. „Du magst toll mit ihm kokettiert haben, und er, der schwerblütige Geselle, nahm das tragisch."

Plötzlich erfaßte ihn der Zorn; er lief im Zimmer auf und ab; eine Flut von heftigen Vorwürfen ergoß sich über seine Frau, völlig sinnlose darunter, die alle darin gipfelten, daß er viel zu nachsichtig war, und daß sie seine Güte mißbrauchte. Else ließ den Strom über sich dahinbrausen; sie hörte kaum hin; vor ihren Ohren tönte es immer nur: „Er geht fort auf Nimmerwiedersehen!"

„Gib mich frei, Hans-Otto," bat sie, „Du bist nie mit mir zufrieden, ich bin todunglücklich an Deiner Seite, laß uns die Qual enden. Auf meinen Knien will ich es Dir danken, wenn Du großmütig bist."

(Fortsetzung folgt.)

abends ist der Betrieb wieder im Gange. Die Straßenbahn wird ihn allerdings erst am Freitag wieder aufnehmen. — In Bromberg erhielten Ausweisungsbefehle mit der Frist von zehn Tagen (bis 10. Juni) u. a. der polnische Sprachlehrer Dr. Buchta (früher in Posen) und der Kulturingenieur Jeglinski. Die Identität der Ausgewiesenen ist jedoch noch nicht einwandfrei festgestellt. Weiterhin wurde u. a. ausgewiesen der Rittergutsbesitzer Dr. Körner, Czeslawice bei Wongrowitz.

* Lissa, 7. Juni. Ausgewiesen ist der Schneidermeister Karl Genatis von hier. Er ist Januar 1908 nach Lissa gezogen. Wäre er 8 Tage früher zugewandert, hätte man ihn als polnischen Staatsbürger nicht ausweisen können. — Die Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpreise wird nicht 30 bis 40 Prozent betragen, wie von der Werkleitung bekanntgegeben, sondern „nur" 10 Prozent.

S. Rogasen, 7. Juni. In Gosciejewo (fr. Bülowstal) wurde vom 4. bis 6. d. Mts. vom Gartenbaudirektor Reissert-Posen ein Kursus für Mitglieder deutscher Bauernvereine abgehalten. Am 4. Juni, nachmittags, begann dieser mit einem Vortrag, der von den allgemeinen Wachstumsbedingungen der Obstbäume und der Art, wie sie wachsen, ausging. In sehr klarer Weise wurde den Zuhörern nach und nach entwickelt, wie man den Baum ziehen muß, damit er in die Lage versetzt wird, die höchsten Erträge zu bringen. Am 5. wurde dann der Sommerschnitt (oder Grünschnitt) in verschiedenen Gärten praktisch vorgeführt. An Beispielen wurden verschiedene Maßnahmen besprochen, durch die man Beschädigungen an Bäumen abhalten kann, und auch hierbei praktische Arbeit vorgeführt. Bei diesem Rundgang durch die Gärten wurden auch Anregungen und Erklärungen bezüglich anderer Bäume und Sträucher, des Gemüsebaus und der Blumen gegeben. Am 6., vormittags, war Vortrag über Schädlinge und Schädlingsbekämpfung und nachmittags ein solcher über Obstverwertung. Zu letzterem waren besonders viele Damen erschienen, und es wurde das Dörren und Einkochen des Obstes, sowie besonders die Obstweinbereitung besprochen. Im ganzen haben an dem Kursus 63 Personen teilgenommen. Allgemein war der Ausdruck der Befriedigung über das in dem Kursus Gebotene.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Czernowitz, 5. Juni. Vor einigen Tagen hat sich ein ganz ungewöhnliches Familiendrama in der hiesigen Gesellschaft zugetragen. Die Gattin des auch im Auslande bekannten Universitätsprofessors Dr. Basile Grecu, eines hochangesehenen orientalischen Kirchenrechtslehrers, Frau Viktoria Grecu, hat in einem plötzlichen Anfall von Geistesstörung ihre 64jährige Mutter, Frau Helene Morarin, die Gattin des Konsistorialrates Konstantin Morarin, mit einem Karabiner erschossen und dann sich selbst durch einen Schuß getötet. Mutter und Tochter lebten im besten Einvernehmen. Die Tochter besuchte die Mutter fast täglich und begrüßte die Mutter auch diesmal in gewohnt herzlicher Weise. Während der greise Konsistorialrat sich im Garten der Villa mit seiner Blumenzucht beschäftigte, geschah das Entsetzliche. In rascher Aufeinanderfolge krachten zwei Schüsse. Auf dem Diwan fand man die Greisin in ihrem Blute, mit zerschmettertem Kopf; zu ihren Füßen lag entseelt die unglückliche Tochter. Es ist festgestellt, daß Frau Grecu schon vor zwei Jahren geistig erkrankte, jedoch inzwischen geheilt zu sein schien.

* Lemberg, 2. Juni. Der „Przegl. Wiecz." erfährt, daß man im hiesigen Stadttheater großen Diebstählen auf die Spur gekommen sei. Große Mengen Malerleinwand und Kulissen seien spurlos verschwunden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

M. L. Ob Ihre Eingabe an die betreffende Stelle weitergegeben ist, wissen wir nicht; wir nehmen es aber an. Die Aufschrift lautet: Sąd Najwyższy w Warszawie. Wir halten es allerdings für zweckmäßiger, die ganze Angelegenheit dem Minister des Innern in Warschau zu unterbreiten.

O. B. 101. 1. Ja. 2. Am Wohnort des Sohnes bzw. bei dem dafür zuständigen Gericht. 3. Bei der für die Mutter zuständigen Polizeibehörde. 4. Wie wir annehmen, ja. 5. Ja.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ Sonderdelegatur zur Aufsicht über die Banken. Zwecks Ausübung der Aufsicht über Kreditinstitute, Banken, Handelshäuser und Wechselstuben ist im Finanzministerium eine Sonderdelegatur eingerichtet worden, der die Kontrolle über die Tätigkeit der Bankunternehmen sowie über die Valuta- und Devisenoperation durch dazu ermächtigte Personen obliegt. Generaldelegierter wurde Edmund Statkiewicz, der seinen bisherigen Posten als Direktor des Kreditdepartements verlassen hat.

♂ Schlesische Eskomptebank in Bielitz. Dienstag, den 5. d. Mts. hat in Bielitz die 29. ordentliche Hauptversammlung der Aktionäre der Schlesischen Eskomptebank stattgefunden. Es wurde beschlossen, vom Reingewinne des Jahres 1922 im Betrage von 167 Millionen Mkp. eine 40prozentige Dividende zur Verteilung zu bringen, den Reservefonds 40 Millionen, dem Pensionsfonds 22 Millionen zuzuführen und 8 883 661 Mkp. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Herren Walter Piesch, Jakob Schanzer und Alfred Wechsberg, deren Funktionsdauer abgelaufen ist, wurden neuerlich in den Verwaltungsrat gewählt, sowie ferner die Neuwahl der Herren Władysław Michejda und Siegmund Kornhaber in den Verwaltungsrat beschlossen. Der aus dem Revisionsausschusse ausscheidende Herr Josef Vincer wurde wiedergewählt und an Stelle des verstorbenen Herrn Moritz Otto Förster Herr Bezirkshauptmann Kuno von Pongratz, Bürgermeister der Stadt Bielitz, in den Revisionsausschuß berufen.

♂ Bevorstehender Abschluß des französisch-lettischen Handelsvertrages. Der französische Gesandte in Riga, Grad de Martel, hat sich nach Paris zu den Schlußverhandlungen mit seiner Regierung über den Entwurf des französisch-lettischen Handelsvertrages begeben. Die Unterzeichnung des Vertrages erfolgt in Riga unmittelbar nach seiner Rückkehr.

Industrie.

⊙ Die Aussichten für die Entwicklung der chemischen Industrie in Polen sind am günstigsten in Kleinpolen wegen dessen Bodenschätzen an Salz, Naphtha, Kohle usw., sowie in Oberschlesien, das ungeheure Mengen Schwefelsäure produziert. Aber auch in den Gebieten der Wojewodschaften Westpolens besitzt Polen namhafte chemische Fabriken. Außerdem befinden sich eine Reihe neuer Fabriken im Bau und alte Fabriken werden weiter ausgebaut. Am 1. Januar d. Js. gab es in Polen 120 chemische Fabriken, die insgesamt 15 875 Arbeiter beschäftigten. Die jährliche Produktion dieser Fabriken gestaltet sich folgendermaßen: 1. Anorganische Industrie: Ammoniaksoda 70 000 Tonnen, kaustisches Soda 8000 Tonnen, Schwefelsäure 50 000 Tonnen, Superphosphate 6000 Waggons, 2. Elektrotechnische Industrie: Stickstoff- und Cyansäure aus der Luft 1200 Tonnen, Chlorpottasche 500 Tonnen, Karbid 3000 Tonnen, 3. Farbenindustrie: Anilinfarben usw. 1800 Tonnen, 4. Holzdestillationsprodukte: Holzkohle 15 000 Tonnen, essigsaurer Kalk 1600 Tonnen, Holzspiritus, Holzteer, Geigenharz, Terpentin 300 Tonnen, 5. Knochenprodukte: Von 1000 Waggons Knochen werden jährlich produziert: Leim 2000 Tonnen, Knochenmehl 6000 Tonnen, Knochenfett 400 Tonnen, 6. Streichholzindustrie: Tätige Fabriken 16, Arbeiter 3000, Jahresproduktion 600 Millionen Schachteln (davon entfallen 15 Prozent auf die Ausfuhr, 7. Kunstseidefabrikation: Jahresproduktion 450 000 Kilo.

⊙ Kohlenbergbau im Südharz. Die Transatlantik Radio drahtet: In Mitteldeutschland sind Bestrebungen im Gange, den seit Ende der sechziger Jahre eingestellten Steinkohlenbergbau im Südharz wieder aufzunehmen. Zu diesem Zweck ist schon im Januar dieses Jahres die Steinkohlenbergwerk A.-G. Hartungen in Ilfeld gegründet worden, und zwar mit einem Kapital von 20 Millionen Mark. Seitdem sind zahlreiche Bohrungen vorgenommen worden, die gute Ergebnisse zeitigten. Die für die Kohlenförderung und den sonstigen Betrieb notwendigen Anlagen sind inzwischen geschaffen worden. Das Kapital der Gesellschaft wird in nächster Zeit auf 100 Millionen Mark erhöht, um den weiteren Ausbau des Betriebes durchführen zu können. Auch wird der Bau eines Stickstoffwerkes geplant, um die Kohlen zum Teil an Ort und Stelle verwenden und die Gipsgruben ausnützen zu können, die sich in der Umgebung Ilfelds befinden.

Verkehr.

↗ Polsko—Baltyckie Towarzystwo Handlowe i Transportowe „Polbal". Aus dem Rechenschaftsbericht von Verwaltung und Aufsichtsrat geht hervor, daß die Gesellschaft sich günstig entwickelt, ihr Arbeitsfeld erweitert und sich großes Vertrauen und Anerkennung bei ihren Kunden erworben hat. Der Gesamtumsatz erreichte 1922 die Summe von 35 Milliarden Mp., 8 Milliarden M. d., 920 000 amerikanische Dollars, 175 000 Pfd. Sterling, 2 500 000 französische Franken und in noch anderen Valuten einen Gegenwert von 25 Milliarden Mp. Der Reingewinn betrug 110 951 500 M. Die Dividende beträgt 25 % (250 M. pro Aktie). Das Anlagekapital soll um 120 Millionen vergrößert werden durch Auswerfen von 120 000 Aktien VI. Emission zum Emissionspreis von 1400 M. pro Aktie. Dadurch wird das Kapital auf 470 Millionen erhöht. Den Rechenschaftsbericht erstattete der Präsident der Verwaltung O. Sobański sowie der Vizepräses Direktor W. Mińkiewicz. Bei den Wahlen blieben beide in ihren Ämtern, ferner kamen in die Verwaltung und den Aufsichtsrat Vertreter einer französischen Aktionärgruppe der „Société Anonyme pour favoriser les Transports Internationaux".

Von den Märkten.

(Ohne Gewähr.)

Leder und Häute. Trotz des Fehlens einer Belebung auf dem Markt für fertige Lederwaren sind, wie aus Warschau berichtet wird, die Rohhäutepreise bedeutend gestiegen. Man sucht die polnischen Preise den Weltmarktpreisen anzupassen. Lediglich Kalbshäute sind infolge der zahlreichen Schlachtungen nicht im Preise gestiegen. Man notierte auf dem Warschauer Markt: Warschauer Schlachtung, Rinderhäute 14 200, Kalbshäute 16 200 M. je Kilogr., Roßhäute 130 000—170 000 M. je Stück. Provinz-Schlachtung, Rinderhäute 12 600 M., Kalbshäute 14 700 M. je Kilogr., Roßhäute 130 000—170 000 M. je Stück.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Bankaktien:	8. Juni	7. Juni
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em. o. Bezr.	7000	—,—
Bank Poznański I.—II. Em. . . .	—,—	11 000
Bank Przemysłowców I. Em. . .	7500—8000	7500
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	14 000—13 500	12 000—12 500
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	8500-8750-8500	8500
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	2000—2100	2000—2050
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	2000	—,—
Bank Młynarzy	—,—	1500
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	7500	7500
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	38 000—39 000	35 000
H. Cegielski (St. abgest.)	4500—5500	3100-4400-4200
Centrala Rolników I.—VI. Em. .	3900—3800	—,—
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	7000	—,—
Dębienko I.—II. Em.	—,—	15 000
Goplana I.—II. Em.	50 000	50 000
C. Hartwig I.—V. Em.	3800	3800
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	5200	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . .	26 000—28 000	22 000
Juno I. Em.	—,—	—,—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	230 000-225 000	—,—
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	70 000—75 000—72 000	60 000—65 000
Młyn Ziemiański I. Em.	9000—8500	8500—8000
Orient I.—II. Em.	—,—	4800
Bendowski I. Em.	5500-7500-7000	—,—
Płótno I.—II. Em.	6500—7000	5500—6000
Papiernia Bydgoszcz I.—III. Em.	—,—	15 000—15 500
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. . .	26 500—29 000—28 000	26 500—28 000
Bracia Stabrowscy (Zabakki) I. Em.	—,—	6000
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	26 000	—,—
Tri I.—III. Em.	10 000	8500—9000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	25 000—26 000—24 000	26 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	10 000	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	4000	3300—4000

Valuten und Devisen:

Deutsche Mark Auszahlung Berlin 0,90. Franz. Franken (Geld) 4300—4400, Engl. Pfd. Ausz. 310 000.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 8. Juni 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	132 000—210 000	Roggenmehl 70% (inkl. Säcke)	196 000—206 000
Roggen	122 000—132 000	Hafer	135 000—140 000
Braugerste . .	100 000—105 000	Weizenkleie . . .	64 000
Weizenmehl 65% (inkl. Säcke)	340 000—350 000	Roggenkleie . . .	64 000

Tendenz: ruhig.

‡ Die Berliner Produktenbörse vom 6. Juni verzeichnete für märkischen und schlesischen Roggen einen Preis von 110 000 bis 120 000 Mk. für 50 Kg.

Posener Viehmarkt vom 8. Juni 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: Färsen und Kühe: I. Sorte 880 000 M., II. Sorte 770 000—780 000 M., III. Sorte 660 000—680 000 M. — Kälber: I. Sorte 720 000—740 000 M., II. Sorte 660 000 M., III. Sorte 600 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 620 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 1 080 000—1 100 000 M., II. Sorte 1 040 000 M., III. Sorte 960 000 M.

Der Auftrieb betrug: 188 Rinder, 307 Kälber, 161 Schafe, 65 Ziegen, 13 Zicklein, 283 Schweine, 476 Ferkel. — Tendenz: ruhig.

Danziger Mittagskurse vom 8. Juni.

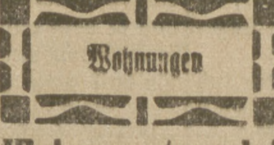
Die polnische Mark in Danzig	115
Der Dollar in Danzig	78 000

Warschauer Börse vom 7. Juni.

Devisen:

Belgien	3550	Paris	4060—3990
Berlin	78—77	Prag	1895—1865
Danzig	78—77	Schweiz	11 500
London	292 000—288 000	Wien	83—81
Neuyork	62 500—61 900	Italien	2975

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: i. V.: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.



Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. Kand. Droß. — 11: Kindergd. Ders.

Luisenhain. Sonntag, 10: Gd. Paarmann.

Kreising. Sonntag, 3: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgottesdienst. Schneider. — Sonntag, 10: Gottesd. Haenisch. — Mittwoch, 6: Bibelbesprechung. Schneider. — Amtswoche: Haenisch.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 9½: Gd. — Freitag, 8: Kirchenchor.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. — 11¾: Kgd. Ders. — Mittwoch, 6: Bibelstunde. Ders. — Amtswoche: D. Staemmler.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Predigt. Büchner. — 6: Missionsstunde. Ders.

Christuskirche. Sonntag, 10: Hauptgd. Danach Kgd. Rhode. — Mittwoch, 8: Bibelstunde.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag 10: Gottesdienst. Brummack. — 11½: Kgd. Ders. — Freitag, 8: Bibelstunde. Brummack. — Wochentags: 7¼: Morgenandacht.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 8: Brummack: Aus der Kirchengeschichte des Rheinlands. — 9½: Abendandacht. — Montag, 7: Polnisch. — 8: Blasen. — Mittwoch, 7½: Bibelstunde. — 8½: Besprechungsabend. — Donnerstag, 7: Polnisch. — 8: Blasen. — Sonnabend, 7: Stenographie. — 8½: W.-Schl.-And. — Der Ausflug nach Wierzonka findet nicht statt.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußggst. P. Sarowy. Sonntag, 10: Gd. Ders.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Predigt. — 11½: Sonntagsschule. — 2½: poln. Gottesdienst. — 4½: Predigt. — 6: Jugendverein. — Mittwoch, 7: Gebetstd. — Freitag, 7½: poln. Gebetstunde.